

Universität Passau  
Dr. Jocelyne Kreipl  
Bachelorarbeit

## **„Liquider Mai 68“?**

### **Sarkozys Innere Sicherheits- und Schulpolitik als Strategie zur Rückkehr zu Moral und Ordnung**

Vorgelegt von:

Carolin Kollig

6. Fachsemester BA ICBS

Matrikelnummer: 50225

Modulgruppe B: Französischsprachiger Kulturraum

## Inhaltsverzeichnis

<b>I</b>	<b>Abkürzungsverzeichnis .....</b>	<b>3</b>
<b>1</b>	<b>Einleitung.....</b>	<b>4</b>
<b>2</b>	<b>Discours de Bercy und Wahlprogramm .....</b>	<b>7</b>
2.1	Analyse der Kritik Sarkozys am Mai '68 in seiner Rede in Bercy .....	7
2.2	Sarkozys Wahlversprechen .....	9
<b>3</b>	<b>Umsetzung der angekündigten Politik .....</b>	<b>11</b>
<b>3.1</b>	<b>Politik der Inneren Sicherheit von 2002 bis 2009 .....</b>	<b>11</b>
<b>3.1.1</b>	<b>Sarkozy als Innenminister .....</b>	<b>11</b>
3.1.1.1	La Loi pour la Sécurité Intérieure de 2003.....	14
3.1.1.2	La Loi sur la Prévention de la Délinquance de 2007 .....	16
<b>3.1.2</b>	<b>Sarkozy als Präsident .....</b>	<b>17</b>
3.1.2.1	La Loi renforçant la Lutte contre la Récidive des Majeurs et des Mineurs de 2007 .....	18
3.1.2.2	Sicherheitsmaßnahmen der französischen Republik.....	20
3.1.2.3	Bandenpolitik.....	23
3.1.2.4	Plan Espoir Banlieues.....	25
<b>3.2</b>	<b>Schulpolitik von 2007 bis Anfang 2010 .....</b>	<b>27</b>
3.2.1	Reform der École Primaire.....	28
3.2.2	Gewalt an Schulen .....	30
<b>3.3</b>	<b>Eine Strategie für zwei unterschiedliche Politikfelder .....</b>	<b>31</b>
<b>4</b>	<b>Fazit .....</b>	<b>33</b>
<b>5</b>	<b>Ausblick .....</b>	<b>34</b>
<b>II</b>	<b>Literaturverzeichnis.....</b>	<b>35</b>
<b>III</b>	<b>Eigenständigkeitserklärung.....</b>	<b>39</b>
<b>IV</b>	<b>Anhang .....</b>	<b>40</b>

## I Abkürzungsverzeichnis

C.D.D.F.	Conseils des Droits et Devoirs des Familles
CE1	Cours Élémentaire Niveau 1
CM	Cours Moyen
CSI	Conseil de Sécurité Intérieure
Edvige	Exploitation Documentaire et Valorisation de l'Information Générale
Edvirsp	Exploitation Documentaire et Valorisation de l'Information Relative à la Sécurité Publique
EMS	Equipes Mobiles de Sécurité
FIJ AIS	Fichier Judiciaire National Automatisé des Auteurs d'Infractions Sexuelles ou Violentes
FNAEG	Fichier National Automatisé des Empreintes Génétiques
GIR	Groupes d'Intervention Régionaux
JUDEX	Système Judiciaire de Documentation et d'Exploitation
LOPS	Loi d'Orientation et de Programmation pour la Sécurité
LOPSI	Loi d'Orientation et de Programmation pour la Sécurité Intérieure
LSI	Loi pour la Sécurité Intérieure
SDIG	Sous-direction de l'Information Générale
STIC	Système des Infractions Constatées
UMP	Union Pour un Mouvement Populaire
UTEQ	Unités Territoriales de Quartier
ZUS	Zones Urbaines Sensibles

# 1 Einleitung

Die Ereignisse des Mai '68 erschütterten ganz Europa, aber nur in Frankreich wurde aus der Studentenrevolte eine Arbeiterbewegung, die in einen Generalstreik mündete.

Was waren die Ursachen der Bewegung? Was macht den Zeitgeist der '68er aus? Wie kam es zu den gewaltsamen Auseinandersetzungen? Wogegen rebellierte und was forderte die Generation '68? Diese Fragen sollen im Zuge der Einleitung beantwortet werden, um die französische Bewegung des Mai '68 als Phänomen ihrer Zeit zu verstehen.

Die strukturellen Ursachen der '68 Revolte liegen im sozialökonomischen und sozialpolitischen Bereich. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der sechziger Jahre, die *Trente Glorieuses*, markieren eine Zeit des wirtschaftlichen Wohlstandes, gekennzeichnet durch stetiges Wachstum, Vollbeschäftigung und eine starke Kaufkraft (Weber, 1998: 85), die den Lebensstandard der Franzosen<sup>1</sup> zwar an hob, aber eine ungleiche Verteilung nicht verhinderte. „Eine Inflationsrate von 3,3%, Preissteigerung [...], das Einfrieren der Löhne und Gehälter in den staatlichen Betrieben, Erhöhung der Sozialversicherungsabgaben bei Minderung der Sozialversicherungsleistungen [...]“ (Gilcher-Holtey, 1995: 274) führten zur Schmälerung der Kaufkraft der Arbeiterhaushalte und zu einem als ungerecht empfundenen Wohlstandsgefälle. Der sozialpolitische Ansatz hingegen begreift die Streikbewegung als eine Modernisierungskrise, in der gegen „die bürokratische Verhärtung und Versteinerung der gesellschaftlichen Institutionen und [...] eine – daraus abgeleitete – autoritätsbezogene Handlungs- und Verhaltensweise“ (Gilcher-Holtey, 1995: 279) protestiert wurde.

Neben diesen strukturellen Voraussetzungen für die Revolte spielt der Zeitgeist, der in den sechziger Jahren herrschte, eine bedeutende Rolle. Die '68er Generation, also die zwischen 1948 und 1950 Geborenen, entstammen dem sogenannten Baby-Boom der Nachkriegszeit. Eine Phase der wirtschaftlichen Prosperität, eine konservative Regierung unter Präsident de Gaulle und Premier Pompidou und ein Bildungssystem, das die rasant ansteigende Schüler- und Studentenzahl nicht länger zu fassen vermochte, prägen das soziale Umfeld der jungen Franzosen. Die Auswirkungen des Baby-Booms machen sich an den Universitäten vor allem durch akuten Platzmangel bemerkbar. An der Sorbonne soll dieses Problem durch die Auslagerung der philosophischen Fakultät in den Pariser Vorort Nanterre behoben werden. Heute wird Nanterre als Ausgangspunkt der Studentenbewegung verstanden. Baulärm, ein wenig kommunikationsfreundlicher Bau aus Beton, Glas, Stahl und Neonlicht, mangelhafte Ausstattung, Abgeschiedenheit vom Stadtzentrum, umgeben von Fabriken, Wohnblocks und Baracken und strikte Geschlechtertrennung in den Wohnheimen bestimmen das Bild

---

<sup>1</sup> Aus Gründen der besseren Lesbarkeit schließt die männliche Form die weibliche Form ein.

von Nanterre. Die Forderung nach sexueller Liberalisierung und der Protest gegen den Fouchet-Plan sind der Beginn einer durch eine Verkettung vieler Ereignisse entstandenen Protestwelle (Gilcher-Holtey, 1995: 115-122).

Einen Tag nach der Schließung von Nanterre am 02. Mai kommt es im Innenhof der Sorbonne zu einer Versammlung von nur wenigen hundert Studenten, da den Großteil der Studenten an der Sorbonne die Schließung von Nanterre anscheinend nicht interessiert (Gilcher-Holtey, 1995: 177). Obwohl sich die Versammlung nach und nach von allein auflöst, ordnet der Rektor der Sorbonne, Jean Marie Roche, die Räumung des Geländes durch die Polizei an. Zur Feststellung der Identität transportiert die Polizei die Studenten ins Präsidium. In der Annahme der Verhaftung ihrer Kommilitonen beizuwohnen reagieren die umstehenden Studenten, die nicht an der Versammlung im Innenhof beteiligt waren, empört. Innerhalb weniger Minuten solidarisieren sich Studenten unterschiedlichster Gruppierungen, was bis dato nicht für möglich gehalten wurde und die Lage spitzt sich in kürzester Zeit zu. Es kommt zu einem Handgemenge zwischen Polizei und Studenten. Ein Pflasterstein trifft einen der Polizisten am Kopf, der mit einer schweren Wunde sofort zusammenbricht. Der Wurf dieses Steins, dem noch viele andere folgen sollten, führt zu ersten Ausschreitungen im Quartier Latin, bei denen die Polizei nicht nur gegen Studenten, sondern auch gegen Unbeteiligte gewaltsam vorgeht.

Was als Präventivmaßnahme begonnen hat, entfacht die Flamme der Proteste und der gewaltsamen Auseinandersetzungen, die Frankreich fortan in Atem halten sollen. Offene Gewalt auf der Straße, brennende Autos, Molotowcocktails, Pflastersteine, die als Wurfgeschosse dienen, Straßenbarrikaden, Massenaufläufe, von Tränengas vernebelte Straßen, verummte Studenten, große Polizeiaufgebote, Verletzte und Festnahmen prägen den Höhepunkt der Auseinandersetzungen, der *nuit des barricades* vom 10. Mai. Aus einer Universitätsangelegenheit ist eine Staatsangelegenheit geworden und bald steht nicht mehr der Protest für eine Demokratisierung der Hochschule, sondern eine viel weitreichendere Gesellschaftskritik im Vordergrund (Gilcher-Holtey, 1995: 179-194).

Das rigorose Vorgehen der Polizei führt zu einer „[...] Ausweitung des Protestes über das studentische Milieu hinaus“ (Loth, 1987: 198), bei der sich die Arbeiter mit den Studenten solidarisieren. Denn obwohl das Wirtschaftswunder wesentlicher Verdienst der Arbeiter ist, profitieren diese nur sehr wenig von dem daraus resultierenden Wohlstand. Zudem schürt die sich langsam bemerkbar machende Rezession vor allem unter den jungen Arbeitern die Angst vor Arbeitslosigkeit. Der am 13. Mai von den Gewerkschaften ausgerufenen Generalstreik bringt über 200.000 Menschen auf die Straße und Frankreich in den folgenden Tagen zum Erliegen (Loth, 1987: 198).

Deutet man die Mai-Bewegung aus soziokultureller Sicht, so geht man von einem Konflikt aus,

[...] der im Zuge der Modernisierung der Wirtschaft und Gesellschaft in den sechziger Jahren auftrat, zwischen alten, autoritär geprägten Verhaltenserwartungen und neuen Verhaltensansprüchen und kulturellen Idealen. Die Konfrontation einer extrem starren gesellschaftlichen und politischen Ordnung mit einem beschleunigten Veränderungsrythmus [...] hat [...] die Krise des Mai 68 herbeigeführt. Die Mai-Bewegung richtet sich daher [...] gegen die starren Macht- und Autoritätsstrukturen, insbesondere gegen die Formen der Staatsgewalt[,] [...] gegen den Zentralismus, Dirigismus und Autoritarismus des politisch-administrativen Systems und zielt auf eine Neu- und Umverteilung der Macht durch Dezentralisation von Entscheidungskompetenzen, Erweiterung der Mitbestimmung und Selbstverwaltung (Gilcher-Holtey, 1995: 280f.).

Die Solidarisierung der '68er mit der Antivietnamkriegsbewegung in den USA, die Forderung nach Demokratie, Mitbestimmung, Selbstverwaltung, die Ablehnung der Diskriminierung von Klassen, Rassen und Geschlechtern, die Ablehnung jeder Form von machtausübender Autorität in Familie, Schule und Staat, die Forderung nach antiautoritärer Erziehung und die Sehnsucht nach einer Gesellschaft, in der Solidarität und Frieden an die Stelle von Kapitalismus, Individualismus und Machtstreben treten, machen den Zeitgeist von 1968 aus.

In dieser Arbeit soll nun der Frage nachgegangen werden, ob Sarkozy das Erbe von Mai '68 wirklich liquidieren will, wie er dies versucht und ob es überhaupt möglich ist, ein Ereignis von vor 40 Jahren rückgängig zu machen. Oder ob es sich um eine von Opportunismus geprägte Wahlkampfstrategie handelt.

Dazu wird zunächst der vom Mai '68 handelnde Teil Sarkozys Rede in Bercy vom 29. April 2007 betrachtet. Dabei soll Sarkozys Kritik an Mai '68 herausgearbeitet und Inhalt sowie Aufbau der Rede analysiert werden. Anschließend wird Sarkozys Rede seinem Wahlprogramm gegenüber gestellt. Um zu zeigen, wie Sarkozy das Erbe Mai '68 liquidieren will, werden zwei Programmpunkte, die sich mit der Inneren Sicherheits- und der Schulpolitik sowie befassen, genauer betrachtet.

Der Hauptteil der Arbeit behandelt dann die Umsetzung der angekündigten Politik als Rückkehr zu Moral und Ordnung, Autorität und Respekt. Dies soll an den zuvor genannten Politikfeldern, der Inneren Sicherheit und des Bildungs- und Schulsystems, herausgearbeitet werden. Dabei soll die Strategie Sarkozys, die sich wie ein roter Faden durch seine Politik zieht, aufgedeckt werden, wozu nur auf einzelne Gesetze und Reformen genau eingegangen wird.

Die Analyse der Politik der Inneren Sicherheit beleuchtet die Strategie Sarkozys, mit der er versucht, die Kriminalität zu bekämpfen und für mehr Sicherheit zu sorgen. Diese Betrachtung gliedert sich in zwei Abschnitte: In die Zeit von 2002 bis 2007, in der Sarkozy mit nur kurzer Unterbrechung das Amt des Innenministers bekleidet, und in die Zeit von 2007 bis zum *remaniement* im Juni 2009, in der Sarkozy als Präsident das politische Geschehen bestimmt.

Die Analyse der Schulpolitik konzentriert sich auf die an der *école primaire* eingeführten *éducation civique*, die als Instrument zur Vermittlung von Werten, Normen und Demokratieverständnis dient, und auf die Gewaltprävention und -bekämpfung an *collège* und *lycée*. Ein gewaltsamer Zwischenfall an einer Schule im März 2009 sorgt für große öffentliche Aufmerksamkeit und politische Diskussionen. Als Reaktion auf diesen Zwischenfall kündigt Sarkozy umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen an Schulen an. Um auch auf die Umsetzung seiner Ankündigungen eingehen zu können, umfasst die Betrachtung der Schulpolitik daher anders als bei der Inneren Sicherheitspolitik den Betrachtungszeitraum von 2007 bis Anfang 2010.

Anschließend werden Parallelen zwischen beiden Bereichen gezogen, um zu verdeutlichen, welche ähnliche Strategie Sarkozy zur Bekämpfung von Problemen zweier unterschiedlicher Politikfelder anwendet. Im Fazit wird schließlich die zentrale Fragestellung der Arbeit, ob Sarkozy das Erbe von Mai '68 wirklich liquidieren will und wie er dies versucht, beantwortet.

## **2 Discours de Bercy und Wahlprogramm**

### **2.1 Analyse der Kritik Sarkozys am Mai '68 in seiner Rede in Bercy**

In Bercy findet das letzte große Wahlmeeting von Nicolas Sarkozy vor dem entscheidenden zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl am 06. Mai 2007 statt. Acht Tage vor der Wahl gilt es, nicht nur Anhänger der UMP, sondern auch Unentschlossene und Wechselwähler von seiner Politik zu überzeugen und wichtige Stimmen zu gewinnen. Die Bedeutung der Rede für den Wahlausgang, deren Kern die Kritik am Mai '68 ist, steht daher außer Frage (Große, 2008: 44f.). In diesem Kapitel werden Inhalt und Aufbau der Rede untersucht. Als Grundlage dafür dienen die Ausführungen von Sybille Große in ihrem Essay: „Sarkozy et l'héritage de 1968 – Mythisierung oder Entmythisierung“.

Sarkozy leitet seinen Angriff auf Mai '68 mit der Behauptung ein, er sei seit '68 der Erste gewesen, der die Moral zum Herzstück einer Wahlkampfkampagne gemacht habe. Da er

keinen Beweis dafür anführt, liegt hier „[...] ein [...] Beispiel für eine Pseudoargumentation, wie wir sie auch in anderen Teilen der Rede und in politischen Reden allgemein finden“ vor (Große, 2008: 47). In den darauf folgenden Abschnitten seiner Rede macht Nicolas Sarkozy den Mai '68 und seine vermeintlichen Erben für eine ganze Reihe von Problemen der aktuellen französischen Gesellschaft verantwortlich: „intellektueller sowie moralischer Relativismus, fehlende Wertehierarchie, Verfall der Werte, Mangel an Hierarchie, Autorität, Höflichkeit, Respekt, Exzellenz, Gemeinkultur und Moral, Zynismus in der Politik, skrupelloser Kapitalismus ohne jegliche Ethik“ (Große, 2008: 48).

Sarkozy greift in seiner Rede mehrmals auf Vereinfachungen, einem grundlegenden Charakteristikum politischer Argumentation, zurück. Dies kann beispielsweise durch den Gebrauch von Symbolwörtern, die die Wirklichkeit vereinfacht darstellen, erzielt werden (Große, 2008: 50f.). Beispiele solcher Symbolwörter wurden im unten stehenden Redeausschnitt durch Fettdruck hervorgehoben. Die Folge solcher Vereinfachungen ist die Aktivierung unterschiedlicher Wissensbestände, durch die beispielsweise ein Mitte-Rechts-Wähler möglicherweise unter einem Wort etwas anderes versteht, als ein Mitte-Links-Wähler, sich aber beide aufgrund der vielschichtigen Bedeutung des Wortes angesprochen fühlen (Große, 2008: 51). Die dahinter stehende Wahlkampfstrategie, Wähler zu überzeugen und Stimmen zu gewinnen, scheint an dieser Stelle offensichtlich.

Darüber hinaus soll der parallele Satzbau, der im folgenden Redeausschnitt durch Unterstreichung kenntlich gemacht ist, dem Rezipienten das Zuhören und Verstehen erleichtern.

Mai 68 nous avait imposé le **relativisme intellectuel** et **moral**.

Les héritiers de mai 68 avaient imposé l'idée que tout se valait, qu'il n'y avait *aucune différence* entre le bien et le mal, entre le vrai et le faux, entre le beau et le laid. Ils avaient cherché à faire croire que *l'élève valait le maître*, qu'il ne fallait pas mettre de note pour ne pas traumatiser les mauvais élèves, qu'il ne *fallait pas de classement*. Ils avaient cherché à faire croire que la victime comptait moins que le délinquant.

Ils avaient cherché à faire croire qu'il ne pouvait exister aucune **hiérarchie de valeurs**.

Ils avaient proclamé que *tout était permis*, que **l'autorité c'était fini**, que la **politesse c'était fini**, que le **respect c'était fini**, qu'il n'y avait plus rien de grand, plus rien de sacré, plus rien d'admirable, plus de règle, plus de norme, plus d'interdit. (Sarkozy, Discours de Bercy, 2007: Z. 17-26) (Herv. d. C.K.)

Umso bemerkenswerter ist, dass sich Sarkozy gleich in dem darauf folgenden Abschnitt seiner Rede nicht auf das Wissen des Auditoriums verlässt, sondern neben der erneuten Verwendung von zahlreichen Symbolwörtern das Positive an der von Jules Ferry geschaffenen Schule explizit hervorhebt.



Voyez comment l'héritage de mai 68 a liquidé l'école de Jules Ferry qui était une école de **l'excellence**, du **mérite**, du **respect**, une école du **civisme**, une école qui voulait aider les enfants à devenir des adultes et non à rester de grands enfants, une école qui voulait instruire et non infantiliser, parce qu'elle avait été construite par de **grands républicains** qui avaient la conviction que l'ignorant n'est pas un **homme libre**.

Voyez comment l'héritage de mai 68 a liquidé une école qui transmettait une **culture commune** et une **morale** partagée grâce auxquelles tous les Français pouvaient se parler, se comprendre et vivre ensemble. (Sarkozy, Discours de Bercy, 2007: Z. 29-36) (Herv. d. C.K.).

Sarkozy präsentiert den Wählern den Neuanfang „tourner cette page“ als einzig logische politische Schlussfolgerung, obwohl er den Beweis dafür, dass Mai '68 für die Zerstörung der Schule nach Ferry verantwortlich sei, schuldig bleibt (Große, 2008: 52).

Der Übergang von der 68-Kritik zum direkten Angriff auf seine politischen Gegner erfolgt durch den Austausch von „l'héritage de mai 68“ durch „cette gauche“ (Große, 2008: 47f.)<sup>2</sup>.

Nachdem er die politische Linke als Erbe Mai '68 darstellt, muss Sarkozy belegen, dass sie für die Missstände in der französischen Gesellschaft verantwortlich ist. Wieder stützt sich der Redner auf eine Pseudoargumentation. Durch die parallele und antithetische Struktur, die durch die Anapher „cette gauche“ und durch „mais“ erzeugt wird, werden die einzelnen Behauptungen verstärkt und die „Akzeptanz der transportierten Inhalte erhöht“ (Große, 2008: 54).

Indem Sarkozy Mai '68 als Ursache für zahlreiche Missstände in der heutigen Gesellschaft und seinen politischen Gegner, die Linke, als Erben des Mai '68 darstellt, versucht er sein Auditorium von ihm als einen Politiker, der diese Missstände angeht, zu überzeugen.

## 2.2 Sarkozys Wahlversprechen

Die Gegenüberstellung der Rede und dem Wahlprogramm „Ensemble tout devient possible“, wird der Frage nachgegangen, welche Maßnahmen Sarkozy für die Liquidierung des Mai '68 ergreifen möchte. Im Wesentlichen beziehen sich zwei Punkte des Programms auf die zentralen Vorwürfe gegenüber Mai '68.

---

<sup>2</sup> Dies sei an einem weiteren Redeausschnitt gezeigt. Zur Verdeutlichung sind die Subjekte im relevanten Abschnitt hervorgehoben:

„Voyez comment **l'héritage de mai 68** a liquidé l'école de Jules Ferry [...] Voyez comment **l'héritage de mai 68** a liquidé une école qui transmettait une culture commune [...] Voyez comment **l'héritage de mai 68** a introduit le cynisme dans la société et dans la politique [...] Voyez tous ces politiciens qui se réclament de l'héritage de mai 68, qui donnent aux autres des leçons qu'ils ne s'appliquent jamais à eux-mêmes, qui veulent imposer aux autres de comportements, des règles, des sacrifices qu'ils ne s'imposent jamais à eux-mêmes. Voyez-les, écoutez-les proclamer: « Faites ce que je dis, ne faites surtout pas ce que je fais ! » Voyez-la, écoutez-la, écoutez-là et voyez-là **cette gauche héritière de mai 68** [...]“ (Sarkozy, Discours de Bercy, 2007: Z. 17-51) (Herv. d. C.K.).

Punkt neun, „Transmettre les repères de l'autorité, du respect et du mérite“ (Sarkozy, Ensemble tout devient possible: 11), ist die direkte Antwort auf den Vorwurf, Mai '68 habe zum Werteverfall, Mangel an Hierarchie, Autorität, Höflichkeit, Respekt, Exzellenz, Gemeinkultur und Moral geführt. Gleich im ersten Satz greift Sarkozy den Verlust der für ihn elementaren Werte der französischen Gesellschaft auf:

On a pris l'habitude de dire que l'autorité, le respect, le mérite n'étaient pas des valeurs importants. Je considère que ce sont des valeurs fondamentales sans lesquelles il n'y a pas de société possible (Sarkozy, Ensemble tout devient possible: 11).

Sarkozy verdeutlicht in seiner Rede in Bercy, dass er die Schule in ihrer Rolle als Vermittler einer Gemeinkultur und Moral versteht und ihr die bedeutende Aufgabe zuschreibt, das Fundament für ein intaktes Zusammenleben in der französischen Gesellschaft zu legen. Im Zusammenspiel von Rede und Wahlprogramm bedeutet „Das Blatt wenden“ alles Mögliche zu tun, damit die Schule wieder zu einem „[...] (lieu) de transmission de ces repères“ wird (Sarkozy, Ensemble tout devient possible: 11).

Was dies im Einzelnen bedeutet, fasst Punkt zehn, „Une école qui garantit la réussite de tous les élèves“ zusammen. Vor dem Hintergrund, dass 20% aller Franzosen die Schule ohne Qualifikationen, die für ein berufliches Fortkommen nötig sind, verlassen, erachtet es Sarkozy für wichtig, dass die Schüler wieder besser lesen, schreiben und rechnen lernen (Sarkozy, Ensemble tout devient possible: 12). Um dem Anspruch einer Schule im Sinne Ferrys gerecht zu werden<sup>3</sup>, die die Kinder auf das Erwachsenwerden vorbereiten wollte, muss die Schule nicht nur Schreiben, Lesen und Rechnen lehren, sondern Kindern auch kulturelles Wissen für ein Leben in der Gesellschaft mit auf den Weg geben<sup>4</sup>. Um dies zu erreichen, bedarf es zunächst einer guten Ausbildung und guter Arbeitsbedingungen für die Lehrer, die der Schlüssel zum Erfolg der Schüler sind (Sarkozy, Ensemble tout devient possible: 12). Geplante Maßnahmen sind die Einrichtung von „études dirigées“, in denen schwächere Schüler gezielt gefördert werden sollen, mehr Sport und Kultur im Lehrplan sowie mehr Vielfaltigkeit an den Schulen durch die Abschaffung der „carte scolaire“ (Sarkozy, Ensemble tout devient possible: 12). Ohne dem dritten Teil der vorliegenden Arbeit zu viel vorwegzunehmen, sei an dieser Stelle auch auf die Einführung der *éducation civique* hingewiesen. Diese ist Sarkozy besonders wichtig, da durch sie wesentliche Grundwerte und Kenntnisse des französischen Staatesystems, Geschichte und Kultur vermittelt werden sollen.

---

<sup>3</sup>Vgl.: Sarkozy, Discours de Bercy, 2007: Z. 30f. „[...] une école qui voulait aider les enfants à devenir des adultes [...]“

<sup>4</sup> Vgl.: Sarkozy, Ensemble tout devient possible: 12. „[...] et leur donner un bagage culturel leur permettant de vivre en hommes libres et en citoyens éclairés [...]“

Eine Schule, als „ [...] lieu de travail, d'autorité et du respect. [...] [où] les élèves se lèvent quand les professeurs entrent dans les classes [...] “(Sarkozy, Ensemble tout devient possible, 11), stellt einen klaren Kontrast zur Forderung nach antiautoritärer Erziehung der '68er dar, von der sich Sarkozy bereits in seiner Rede abwendet: „ Ils avaient cherché à faire croire que l'élève valait le maître, qu'il ne fallait pas mettre de note pour ne pas traumatiser les mauvais élèves, qu'il ne fallait pas de classement“ (Sarkozy, Discours de Bercy, 2007: Z. 19-21). Sollte Sarkozy die Umsetzung einer solchen Schule gelingen, könnte man von einem Bruch mit einem von der '68er Bewegung verfolgten Ziel sprechen.

Es ist Sarkozys Ziel, zu einer Gesellschaft, in der Ordnung, Respekt, Autorität und Sicherheit das Zusammenleben prägen, zurückzukehren. Dies möchte er durch eine Schulreform erreichen, in der man sich auf alte Grundwerte zurückbesinnt und durch eine höhere Schulabschlussquote Jugendlichen eine bessere Zukunft eröffnet. Neben der Funktion und der Ausgestaltung der Schule befasst sich Sarkozy in seinem Wahlprogramm daher auch mit der Frage der Sicherheit. So gilt es, aus der Schule einen Ort „sans violence“ zu machen (Sarkozy, Ensemble tout devient possible: 11). Neben der Schule kündigt er an, als Präsident seine als Innenminister geführte Politik fortzuführen und sich insbesondere mit Mindeststrafen für Wiederholungstäter und dem Jugendstrafrecht zu befassen (Sarkozy, Ensemble tout devient possible: 12).

### **3 Umsetzung der angekündigten Politik**

#### **3.1 Politik der Inneren Sicherheit von 2002 bis 2009**

Um Sarkozys Ankündigung, seine seit 2002 geführte Politik der Inneren Sicherheit fortzuführen zu wollen überprüfen zu können, befasst sich folgende Darstellung seiner Sicherheitsstrategie mit Sarkozys Zeit als Innenminister und danach als Präsident.

##### **3.1.1 Sarkozy als Innenminister**

Während der Präsidentschaft Jacques Chiracs war Nicolas Sarkozy insgesamt dreieinhalb Jahre, von Mai 2002 bis März 2004 und von Juni 2005 bis März 2007, Innenminister (Munzinger Archiv, 2007). Da das Thema der *insécurité* den Wahlkampf von 2002 beherrschte, ist es laut Laurent Mucchielli nicht erstaunlich, dass ein politisch rechts einzuordnender Innenminister ankündigt, einen Kreuzzug gegen die Kriminalität zu führen. Das Vorhaben, ein *nouveau management* und eine *culture du résultat* in die Verwaltung der

Polizei und der Gendarmerie einführen zu wollen, verdiene hingegen eine genauere Betrachtung (Mucchielli, 2008: 2).

Von 1997 bis 2001 verzeichneten die Statistiken einen Anstieg der Kriminalität von mehr als 16%, die Aufklärungsquote sank gleichzeitig dramatisch und Polizisten und Gendarmen zeigten 2001 offen ihre Unzufriedenheit durch Proteste auf den Straßen (Mouhanna 2007: 36). Sie kritisierten:

[...] le manque de moyen matériel et humain, le manque de respect, le sentiment d'impunité de la part des nombreux « jeunes », le manque de sévérité de la part de la justice, etc. (Mucchielli, 2008: 3).

Das bereits im August 2002 erlassene *loi d'orientation et de programmation sur la sécurité intérieure* (LOPSI) ist die legislative Umsetzung von Chiracs Wahlprogramm (Dieu, 2003a: 152). Es legt die Ausrichtung der Politik der Inneren Sicherheit und die dafür notwendige Finanzierung für 2003 bis 2007 fest und bildet somit die Grundlage für weitere Maßnahmen, Reformen und Gesetze. Im Folgenden werden die Bestandteile des LOPSI, die auch in späteren Gesetzen wieder auftauchen, behandelt, um somit die Kontinuität in Sarkozys Politik der Inneren Sicherheit aufzuzeigen.

Die neue Ausrichtung der Sicherheitspolitik, bzw. das *nouveau management* besteht im Wesentlichen aus der „réorganisation du dispositif de lutte contre l'insécurité“ und „le renforcement des moyens juridiques“ (Brun, 2002: 6f.). Der erste Punkt behandelt die institutionelle Organisation<sup>5</sup> und die Effizienzsteigerung der Sicherheitskräfte durch die Nutzung von Synergieeffekten zwischen Polizei und Gendarmerie, indem beide dem Innenministerium unterstellt werden (Brun, 2002: 7). Der zweite Punkt, die Stärkung der rechtlichen Mittel, beinhaltet die Wiederherstellung der Autorität von Beamten durch härtere Strafmaßnahmen bei Gewalt, Bedrohung oder Beleidigung von Amtspersonen. Die Effizienzsteigerung bei polizeilichen Ermittlungen wird durch den stärkeren Einsatz von Videoüberwachung und dem leichteren Zugang zu Registern sowie die Bekämpfung von Jugendkriminalität durch nächtlichen Bereitschaftsdienst von Brigaden und härteres Vorgehen gegen Schulschwänzen realisiert (Brun, 2002: 8). Die Aufstockung finanzieller und personeller Mittel sieht die Einstellung von 13.500 Polizisten und Gendarmen innerhalb der nächsten vier Jahre und die Bereitstellung von 5,6 Milliarden Euro für Ausrüstung vor (Dieu, 2003a: 154), welche vor allem „[...] augmentation des gilets pare-balles, des armes – avec introduction des *Flash-Balls* et [...]des *Taser* – achats de nouveaux véhicules, paiement des

---

<sup>5</sup> Der Umbau der institutionellen Organisation umfasst auf nationaler Ebene den Conseil de sécurité intérieure (CSI) (zusammengesetzt aus Ministern und geleitet vom Präsidenten) und auf lokaler Ebene die Conseils locaux et départementaux de sécurité et de prévention, deren Bildung von der Entscheidung einer jeden Gemeinde abhängt (Brun, 2002: S. 6).

heures supplémentaires, augmentation des primes au mérite [...]“ beinhaltet (Mucchielli, 2008: 3). LOPSI reagiert somit auf die materiellen und personellen Forderungen der Sicherheitskräfte.

Das nur einen Monat später erlassene Gesetz *loi d'orientation de programmation de la Justice* verschärft die rechtlichen Maßnahmen gegen Kriminalität, insbesondere von Jugendlichen (Mucchielli, 2008: 3). Da sich Sarkozy vorab Ziele der Kriminalitätsreduktion gesetzt hat, an denen er gemessen werden will, beurteilt er auch seine Truppen anhand ihrer Zielerreichung und macht aus dem jährlichen Ergebnisabgleich der Kriminalitätsstatistiken umgehend einen monatlichen. Die erzielten Leistungen sollen anschließend nicht nur intern kommuniziert, sondern, als Beweis für die Effektivität der Polizei – und folglich des neuen Innenministers – aktiv in der Presse und somit der Öffentlichkeit kommuniziert werden (Mucchielli, 2008: 4). Die *culture du résultat* ist geboren.

Die Verknüpfung der Leistungen eines jeden Polizisten mit seinen Karrieremöglichkeiten, die finanzielle Belohnung besonders guter Leistungen und der stetige Vergleich und somit die Konkurrenz zwischen den Einheiten setzt diese unter Druck, die geforderten Zahlen zu liefern (Mucchielli, 2008: 4). Die Statistik, mittels derer die Zahlen erhoben werden, bildet die Realität in mancher Hinsicht jedoch nur unzureichend ab. Auf welche Weise die Zahlen nicht nur durch eine reale Kriminalitätsreduktion beeinflusst werden können, wird im Folgenden erläutert.

Die Kriminalstatistik „*état 4001*“, auch „*statistiques de la délinquance*“ genannt, definiert Mucchielli folgendermaßen:

Ce qu'on appelle couramment les « statistiques de la délinquance » [...] sont en réalité les statistiques d'enregistrement de la délinquance par les services de police et de gendarmerie, à l'exclusion toutefois des infractions routières, de certaines infractions enregistrées par d'autres administrations (comme la fraude fiscale) et surtout des contraventions de la 5<sup>ème</sup> classe [...] (Mucchielli, 2008: 5).

Unter *contraventions de la 5<sup>ème</sup> classe* werden u.a. Sachbeschädigung und Verletzung von Personen, die eine Arbeitsunfähigkeit von weniger als acht Tagen nach sich ziehen, verstanden. Da sich aber gerade die *contraventions de la 5<sup>ème</sup> classe*, von 2002 bis 2006 mehr als verdoppelt haben und eben diese von der Statistik nicht erfasst werden, scheint die Realität statistisch nicht genau wieder gegeben zu werden (Mucchielli, 2008: 5). Zudem hängt die Statistik davon ab, wie Polizei und Gendarmerie mit Anzeigen umgehen. Nur

wenn der Straftatbestand als *crime* oder *délit*, nicht aber als *contravention*<sup>6</sup> eingestuft und ein Protokoll der Anzeige verfasst wird, geht sie in die Statistik ein (Mucchielli, 2008: 5). Schließlich können Statistiken durch „[...] *déqualification de délits en contraventions* [...], *non enregistrement de plaintes, rassemblement de plusieurs délits sous un seul fait statistique, réduction des enquêtes d’initiative* [...]“ (Mucchielli, 2008: 6) etc. verfälscht werden, um die vom Innenminister geforderten Zahlen erreichen zu können. Ob dies tatsächlich geschieht, sei dahingestellt. Allerdings ist es laut Mucchielli verwunderlich, dass nach Jahren des Kriminalitätsanstiegs bereits einen Monat nach Amtsübernahme von Nicolas Sarkozy ein Rückgang von 7,38% zu verzeichnen ist (Mucchielli, 2008: 6). Insgesamt sanken Verbrechen und Delikte zwischen 2002 und 2006 insgesamt um 9,4% wodurch das Niveau von 2000 erreicht wurde. Das Ergebnis von 2006 ist daher laut Mucchielli in keinster Weise revolutionär (Mucchielli, 2008: 6f.).

Sarkozy will als Innenminister dem Kriminalitätsanstieg und dem Gefühl der *insécurité* entgegenwirken. Unter dem Motto der *tolérance zéro*, in dem der Staat auch nicht das geringste Fehlverhalten duldet, führt Sarkozy eine Reihe von Gesetzen und somit eine zunehmend härtere Legislative ein. Dies wird im Folgenden an dem *loi pour la sécurité Intérieure* und an dem *loi de la prévention de la délinquance* gezeigt.

### **3.1.1.1 La Loi pour la Sécurité Intérieure de 2003**

Das am 18. März 2003 verabschiedete *loi pour la sécurité intérieure* (LSI) hat die Bekämpfung neuer Formen der Kriminalität zum Ziel. Es ist somit als eine Umsetzung der im Wahlkampf von 2002 dominierenden Thematik der *insécurité* und als eine Fortführung bereits eingeleiteter Reformen unter der Regierung Raffarin zu verstehen (Dieu, 2003b: 193).

Wesentlicher Bestandteil des Gesetzes ist die Verstärkung der für Ermittlungen zur Verfügung stehenden Mittel. Durch Artikel 19 des LSI muss im Sinne der Unschuldsvermutung nicht länger auf das Recht zu schweigen hingewiesen werden, dass von den Polizisten als Hemmnis der Ermittlungen empfunden wurde. Nach Einschätzung von Dieu handelt es sich hier um eine Veränderung symbolischen Charakters (Dieu, 2003b: 195). Die folgenden Kompetenzerweiterungen im Rahmen von Ermittlungen haben jedoch einen nicht unerheblichen Einfluss auf den Umgang mit unter Verdacht stehenden Personen.

Bei der Reglementierung von Ausweiskontrollen wurde die Formulierung „*d’indice faisant présumer*“ durch: „*raisons plausibles de soupçonner*“ ersetzt. Diese Veränderung hat zur

---

<sup>6</sup> Im Folgenden werden *crime*, *délit* und *contravention* mit *Verbrechen*, *Vergehen* und *Ordnungswidrigkeit* übersetzt, wobei darauf hingewiesen sei, dass sich die Einteilung von Gesetzesverstößen in die genannten Begrifflichkeiten im deutschen und französischen Recht unterscheidet.

Folge, dass Polizisten und Gendarmen auf Basis ihres Urteilsvermögens und nicht auf Basis von Indizien die Identität von Personen überprüfen können, die verdächtigt werden eine Straftat zu begehen oder begangen zu haben (Dieu, 2003b: 195). Außerdem ermöglicht die gesetzliche Reglementierung des Polizeiregisters *Système de traitement des infractions constatées* (STIC) eine verschärfte Datenspeicherung. So werden von nun an in den Karteien „[...] tout crime ou délit, ainsi que les contraventions de la cinquième classe sanctionnant un trouble à la sécurité ou à la tranquillité publiques, ou une atteinte aux personnes, aux biens ou à l'autorité de l'État [...]“ verzeichnet (Nuttens, 2003: 68). Auch Personen, bei denen nur der Verdacht besteht, an einem Verbrechen beteiligt gewesen zu sein, werden in die Karteien aufgenommen. Nach wie vor können bereits Minderjährige erfasst werden. Neu jedoch ist, dass die gespeicherten Daten von Personen von über 75 Jahren nicht automatisch gelöscht werden. Darüber hinaus können auch Opfer von Verbrechen erst nach der definitiven Verurteilung der Täter auf die Löschung ihrer Daten drängen. Die endgültige Entscheidung über die Aufbewahrung oder Löschung von Karteieinträgen obliegt dem Oberstaatsanwalt (Nuttens, 2003: 68f.).

Schließlich zog das LSI auch Veränderungen im Umgang mit dem *Fichier National Automatisé des Empreintes Génétiques* (FNAEG) nach sich. So führen nicht mehr nur Sexualverbrechen zur Speicherung von Fingerabdrücken, sondern u.a. auch „[...] violences, menaces, trafic de stupéfiants, atteintes aux libertés de la personne, vols, extorsion, recel, blanchiment [...]“ (Nuttens, 2003: 70). Wie bei der Ausweiskontrolle wurde die Speicherung der Fingerabdrücke von Tätern auf verdächtige Personen ausgeweitet. Beispielsweise ist jede Person zur Abgabe ihres Fingerabdrucks verpflichtet, sofern dies die Ermittlung unterstützt. Die Widersetzung gegen eine solche Untersuchung wird mit einem Jahr Gefängnis und einer Strafe von 15.000€ geahndet (Nuttens, 2003: 70).

Die Einführung neuer Straftatbestände hat für die meisten Diskussionen gesorgt. Unter anderen wurden folgende Straftatbestände eingeführt (Nuttens, 2003: 71-75):

- Verschärfung der Strafen für Gewalttaten gegenüber Personen aufgrund ihrer sexuellen Neigungen oder gegenüber Amtspersonen.
- Die Schmähung der Nationalflagge oder Hymne wird mit einer Strafe von 7.500€, bei Schmähung in der Öffentlichkeit mit sechs Monaten Haft bestraft.
- Die absichtliche Behinderung oder Blockade von Eingängen, Treppenhäusern oder anderen Teilen von öffentlichen Gebäuden werden nach Artikel 126 LSI mit zwei Monaten Gefängnis und 3.750€ Ordnungsstrafe geahndet, was, so der Vize-Staatsanwalt für Minderjährige, Didier Peyrat, eine härteren Bestrafung als das Brechen einer Nase in einer Schlägerei darstellt (Peyrat, 2006: 51).

### 3.1.1.2 La Loi sur la Prévention de la Délinquance de 2007

Das *loi sur la prévention de la délinquance*, erlassen am 5. März 2007, konzentriert sich vor allem auf den Umgang mit Jugendkriminalität (Loi n°2007-297 du 5 mars 2007 relative à la prévention de la délinquance, [www.vie-publique.fr](http://www.vie-publique.fr)<sup>7</sup>). Laut Bertrand Follin ist das Gesetz in zwei Hauptaspekte zu unterteilen. Zum einen in die wichtige Rolle, die dem Bürgermeister zukommt, und zum anderen die Verschärfung der Strafbestimmungen. (Follin, 2007: 27).

In einer Gemeinde mit sensiblen Stadtteilen (*Zones Urbaines Sensibles: ZUS*) oder mit mehr als 10.000 Bewohnern muss der Bürgermeister einen *Conseil Local de Sécurité et de Prévention de la Délinquance* gründen und die Prävention von Kriminalität in sein Aufgabenfeld und Handeln integrieren (Follin, 2007: 28). Außerdem bildet das Gesetz einen rechtlichen Rahmen, der einen *partage d'informations* zwischen Sozialfachleuten und dem Bürgermeister ermöglicht. So sieht Artikel 12 vor, dass der Bürgermeister über die Schüler, die aufgrund von Schulschwänzen eine Abmahnung bekommen haben, informiert wird. Artikel neun des Gesetzes ermöglicht die Gründung so genannter *Conseils des Droits et Devoirs des Famille* (C.D.D.F.) denen der Bürgermeister vorsteht. Diese C.D.D.F. sollen „en cas d'absentéisme scolaire, [...] de trouble porté au fonctionnement d'un établissement scolaire ou de toute autre difficulté liée à une carence de l'autorité parentale [...]“ den Eltern einen *contrat de responsabilité parentale* vorschlagen (Loi n°2007-297 du 5 mars 2007, [www.legifrance.gouv.fr](http://www.legifrance.gouv.fr)). In diesem Vertrag werden die elterlichen Pflichten und alle Maßnahmen, die zur Verbesserung der Situation beitragen sollen, festgehalten. Bei Nichteinhaltung des Vertrags können beispielsweise die Sozialleistungen für ein Jahr gestrichen werden.

Im Bezug auf die *délinquance des mineures* sieht das Gesetz erzieherische Strafmaßnahmen als Mittel zwischen erzieherischen Maßnahmen und Strafen vor (Follin, 2007: 32.). Der Gerichtshof für Kinder kann so für mindestens Zehnjährige offizielle Verwarnungen aussprechen oder die Ausübung von Sozialarbeiten, die Überweisung an ein Internat oder die Überweisung an eine vom Wohnort entfernte Schule anordnen (Follin, 2007: 32f.). Für Dreizehn- bis Sechzehnjährige wurde ein dreistufiges Vorgehen eingeführt. Zunächst können die Minderjährigen unter *contrôle judiciaire* in Verbindung mit bestimmten Verpflichtungen, wie z.B. dem regelmäßigen Schulbesuch oder dem Aufsuchen eines Psychologen, gestellt werden. Bei Missachtung dieser Verpflichtungen können sie an ein geschlossenes erzieherisches Zentrum überwiesen werden. Wird diese Überweisung nicht akzeptiert, droht Untersuchungshaft (Follin, 2007: 33). Bei minderjährigen Wiederholungstätern kann

---

<sup>7</sup> Der Übersichtlichkeit und besseren Lesbarkeit halber ist im Fließtext nur der Link zur Hauptseite und der vollständige Link immer im Literaturverzeichnis angegeben.



nun von der *excuse de minorité*, nach der das Strafmaß für Minderjährige die Hälfte des Strafmaßes für Erwachsene beträgt, abgesehen werden (Follin, 2007: 33). Da diese Verschärfung durch das Gesetz *renforçant la Lutte contre la Récidive de Majeurs et de Mineurs* von August 2007 noch weitergeführt wird, wird darauf später noch genauer eingegangen.

Wie bereits 2003 durch das LSI werden auch durch das *loi de la prévention de la délinquance* neue Straftatbestände definiert. Bisher stellte Gewalt in organisierten Banden und durch hinterhältige Überfälle mit Waffen gegen Amtspersonen einen erschwerenden Umstand dar. Seit Erlass des Gesetzes sind sie jedoch grundlegende Elemente eines Straftatbestandes und werden mit härteren Strafen belegt. Ein Gewaltakt beispielsweise, der absolute Arbeitsunfähigkeit von mehr als acht Tagen nach sich zieht, wird mit fünfzehn statt mit zehn Jahren Freiheitsentzug bestraft (Follin, 2007: 31).

Um neueren Erscheinungsformen wie dem so genannten „happy slapping“, bei dem Gewalttaten mit Mobiltelefonen o.ä. aufgenommen und anschließend im Internet veröffentlicht werden, zu begegnen, gelten solche Akte nunmehr als Teilnahme. Auf diese Weise kann das Filmen eines Gewaltverbrechens wie die Gewaltausübung selbst bestraft werden. Zusätzlich wird die Verbreitung solcher Aufzeichnungen mit fünf Jahren Haft und einer Geldstrafe von 75.000€ belegt (Follin, 2007: 32). Schließlich zielt das Gesetz auch auf die Vorbeugung von Wiederholungstaten ab. Mussten sich Sexual- oder Gewaltverbrecher, die im *Fichier Judiciaire National Automatisé des Auteurs d'Infractions Sexuelles ou Violentes* (FIJAIS) verzeichnet waren, zuvor jedes halbe Jahr bei der Polizei oder Gendarmerie melden, so kann der Richter nun eine monatliche Meldepflicht veranlassen (Follin, 2007: 30).

Durch die Einführung härterer Strafen, neuer Straftatbestände und der Verzahnung von Sozialfachleuten, Bürgermeistern und Polizei zeichnet sich die Tendenz einer repressiven Strategie Sarkozys ab, mit der er durch härtere Maßnahmen die Kriminalitätsquote senken will.

### **3.1.2 Sarkozy als Präsident**

Mit der Wahl Nicolas Sarkozys zum französischen Präsidenten wird Michèle Alliot-Marie als erste Frau in der V. Republik zum *Ministre de l'Intérieure, de l'Outre-mer et des Collectivités territoriales*. Im Hinblick auf Sarkozys Ankündigung, seine seit 2002 geführte Politik der Inneren Sicherheit fortzuführen, wird anhand seines *Lettre de Mission* an Alliot-Marie herausgearbeitet, welche Ziele Sarkozy in der Inneren Sicherheitspolitik verfolgt. Hauptaugenmerk der Ausarbeitung liegt dabei auf den gesetzten Schwerpunkten und deren Kontinuität zu den Maßnahmen seit 2002. Anders als in seiner Zeit als Innenminister, in der er an Chi-

rac und die Regierung gebunden war, kann Sarkozy nun der Politik der Inneren Sicherheit seine eigene Note geben: „Ce gouvernement, auquel vous appartenez, n’a désormais qu’un seul devoir: celui de mettre en œuvre le programme présidentiel“ (Sarkozy, Lettre de Mission: [www.elysee.fr](http://www.elysee.fr)).

Getreu seiner *culture du résultat* fordert Sarkozy von Alliot-Marie die Darlegung ihrer Arbeit durch:

[...] indicateurs de résultats relatifs à la lutte contre la délinquance, en particulier dans les domaines de la délinquance des mineurs, des violences aux personnes et de la criminalité organisée, à l’action des GIR, au renforcement de la police scientifique et technique [...] (Sarkozy, Lettre de Mission: [www.elysee.fr](http://www.elysee.fr)).

Sich auf seine eigenen Ergebnisse seit 2002 berufend, schreibt er ihr vor, die Kriminalität in den nächsten zwei Jahren um 5% zu senken und die Aufklärungsrate auf 40% anzuheben (Sarkozy, Lettre de Mission: [www.elysee.fr](http://www.elysee.fr)). Weiter soll durch den entschiedenen Kampf gegen organisierte Banden und Kriminalität die Sicherheit in Vororten und Problemvierteln garantiert werden. Dabei käme der Ministerin vor allem die Aufhebung der *excuse de minorité* von sechzehn- bis achtzehnjährigen Wiederholungstätern durch das Gesetz *de la Prévention de la Délinquance* von 2007 zugute. Die *Groupes d’Intervention Régionaux* (GIR), deren Kompetenzen durch LOPSI in 2002 bereits auf die illegale Einwanderung ausgeweitet wurden (Brun, 2002: 7), sollen weitere juristische wie personelle Mittel zur Verfügung gestellt bekommen (Sarkozy, Lettre de Mission: [www.elysee.fr](http://www.elysee.fr)).

Da die Amtszeit Sarkozys zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht beendet ist, kann diese Arbeit kein Resümee der Inneren Sicherheitspolitik der gesamten Präsidentschaft darstellen. Durch die Betrachtung der eingeleiteten Maßnahmen von Innen- und Justizministerin bis zum *remaniement* im Juni 2009 soll die Umsetzung von Sarkozys Zielen überprüft werden.

### **3.1.2.1 La Loi renforçant la Lutte contre la Récidive des Majeurs et des Mineurs de 2007**

Um die Bedeutung des von Justizministerin Raschida Dati vorgestellten Gesetzesvorschlages zu erfassen, muss man in der Betrachtung bis zum Gesetz *sur la Récidive des Infractions Pénales* von 2005 zurückgehen. 2005 setzte sich Pascal Clément, zu der Zeit *Garde de Sceaux et Ministre de la Justice*, gegen den Wunsch seines Parteigenossen Sarkozy durch, Mindeststrafen in das Gesetz aufzunehmen. Gleich nach der Wahl zum Präsidenten verliert Sarkozy keine Zeit, das *loi renforçant la lutte contre la récidive*, einen seiner Schwerpunkte im Wahl-

kampf, auf den Weg zu bringen und auf diese Weise Mindesthaftstrafen für Wiederholungstäter<sup>8</sup> einzuführen (La lutte contre la récidive: [www.vie-publique.fr](http://www.vie-publique.fr)).

Im Vordergrund der nun folgenden Betrachtung steht das Vorgehen gegen minderjährige Wiederholungstäter.

Eine erste Aufweichung der *excuse de minorité* nimmt das Gesetz *de la Prévention de la Délinquance* (März 2007) vor. Das Gesetz *renforçant la Lutte contre la Récidive* (August 2007) führt diese Aufweichung des seit 1945 bestehenden Prinzips der *excuse de minorité* fort. Durch das Gesetz von März 2007 kann bei über Sechzehnjährigen seltener von der *excuse de minorité* Gebrauch gemacht werden:

[...] L'excuse de la minorité peut être écartée pour les mineurs de plus des 16 ans « soit compte tenue des circonstances de l'espèce et de la personnalité du mineur, soit parce que les faits constituent une atteinte volontaire à la vie ou à l'intégrité physique ou psychique de la personne et qu'ils ont été commis en état de récidive légale » (Debail, 2007: 46).

Das Gesetz von August 2007 erweitert die Delikte, bei denen von der *excuse de minorité* abgesehen werden kann, um Wiederholungstaten mit Gewalt als erschwerenden Umstand. Außerdem ist eine Strafmilderung für über sechzehnjährige Wiederholungstäter eines schwerwiegenden Straftatbestandes<sup>9</sup>, bis auf spezielle Ausnahmen, ausgeschlossen (Debail, 2007: 47). Nach aktuellem Gesetz können für unter Zehnjährige erzieherische Maßnahmen, für Zehn- bis Dreizehnjährige erzieherische Strafmaßnahmen, für Dreizehnjährige die für Erwachsene geltenden Mindeststrafen und für Sechzehnjährige die für Erwachsene geltenden Strafen verhängt werden (Debail, 2007: 43).

Die letztendliche Einführung von Mindeststrafen verdeutlicht Sarkozys starken politischen Willen, mit dem er Maßnahmen, die er für richtig erachtet, durchsetzt. Zusammen mit der weitgehenden Auflösung der *excuse de minorité* wird ein rigoroses Vorgehen vor allem gegen minderjährige Wiederholungstäter ermöglicht. Da dieses Gesetz keine vorbeugenden Maßnahmen vorsieht, muss man davon ausgehen, dass der Gesetzgeber der Überzeugung ist, dass repressives Vorgehen und die Androhung hoher Strafen das Problem hinreichend lösen können.

---

<sup>8</sup> Definition von *récidive légale*: „Il y a « récidive légale » lorsque, après avoir subi une première condamnation pénale définitive, toujours existante et prononcée par un tribunal français ou une juridiction pénale d'un État membre de l'Union européenne [...]“ (Debail, 2007: 38).

<sup>9</sup> Schwerwiegenden Straftatbestände sind: „[...] crime d'atteinte volontaire à la vie ou à l'intégrité physique ou psychique de la personne, délit de violence volontaires, délit d'agressions sexuelles, délit commis avec circonstance aggravante de violence [...]“ (Debail, 2007: 47).

### 3.1.2.2 Sicherheitsmaßnahmen der französischen Republik

Die Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und der Sicherheit der Bürger bildet eine der Hauptaufgaben eines Staates. Die Mittel, mit denen der Staat dieser Aufgabe gerecht werden will, können durchaus variieren. Videoüberwachung, Polizeiregister, Biometrie, Polizei-präsenz, Ausweiskontrolle, etc.. Die folgende Abhandlung befasst sich mit den Sicherheitsmaßnahmen, die für Sarkozy bereits als Innenminister von großer Bedeutung waren und die er auch von Alliot-Marie fortgeführt wissen will, um so seine Politik der Rückkehr zu Ordnung und Sicherheit zu realisieren.

Da es sich hier um eine thematische Zusammenfassung einzelner Instrumente, wie Register, Datenspeicherung und Videoüberwachung handelt, wird die chronologische Gliederung der Arbeit in die Zeit Sarkozys als Innenminister und als Präsident teilweise durchbrochen. Auf die zeitliche Zuordnung der Maßnahmen wird jedoch jeweils verwiesen.

Schon seit Jahrzehnten werden in der französischen Republik Register und die Speicherung von persönlichen Daten zur Überwachung von Personen genutzt. Die Thematik und vor allem die Debatten um die Balance zwischen Sicherheit und Respektierung der Privatsphäre und der persönlichen Freiheit sind daher nicht neu in der aktuellen Politik (Laurent, 2009: 5). Allerdings haben die zahlreichen Sicherheitsgesetze der letzten Jahre zu einer Verstärkung der Debatte geführt (Laurent, 2009: 12). Auf die Verschärfung der Datenspeicherung im STIC wurde bereits in der Erläuterung des *loi pour la sécurité intérieure* eingegangen. Gleichzeitig hat das LSI einen noch größeren Einfluss auf die FNAEG ausgeübt. Dadurch, dass seit 2003 bei bedeutend mehr Verbrechen Fingerabdrücke erfasst und gespeichert werden dürfen, ist die Zahl der Register in erheblichen Maße von 350.000 in 2005 auf 806.000 in 2008 angestiegen (Laurent, 2009: 11).

Doch nicht nur der Innenminister Sarkozy hat Spuren in der Registerlandschaft Frankreichs hinterlassen. Auch als Präsident bestimmt er die Neuausgestaltung des Registers *Exploitation documentaire et valorisation de l'information générale* (Edvige). Im Zuge der Reorganisation des *Service de Renseignement Policier* im Sommer 2008 hat das Innenministerium die Edvige ins Leben gerufen (Laurent, 2009: 7). Die Edvige ermöglicht die Informationssammlung zu jeder Person, die die öffentliche Ordnung stören könnte. Vor allem die Erfassung sehr persönlicher Informationen, wie der sexuellen Neigung oder des Gesundheitszustandes sowie die Ausweitung auf Minderjährige ab dem Alter von dreizehn Jahren, haben für so starke Kritik gesorgt, dass Sarkozy die Innenministerin mit der Überarbeitung der entsprechenden Inhalte beauftragt hat.

Die überarbeitete Version Edvirsp – *Exploitation documentaire et valorisation de l'information relative à la sécurité publique* – skizziert einen deutlich begrenzteren Rahmen, in dem Informationen erhoben werden dürfen, da die *sécurité publique* nur einen Teil der *ordre publique* ausmacht. Außerdem wurden Korrekturen an den wesentlichen Kritikpunkten vorgenommen. So ist nun die Erhebung persönlicher Daten verboten:

[...] de collecter ou de traiter des données à caractère personnel qui font apparaître, directement ou indirectement, les origines raciales ou ethniques, les opinions politiques, philosophiques ou religieuses ou l'appartenance syndicales des personnes, ou qui sont relatives à la santé ou à la vie sexuelle de celles-ci (Le fichier EDVIGE devient EDVIRSP : [www.tempsreel.nouvelobs.com](http://www.tempsreel.nouvelobs.com))

Dreizehnjährige können zwar nach wie vor in die Edvirsp aufgenommen werden, allerdings werden ihre Daten im Sinne des *droit à l'oubli* mit dem Erreichen der Volljährigkeit automatisch gelöscht. Eine Speicherung der Daten bis zum 21. Lebensjahr wird nur dann vorgenommen, wenn es zu einem erneuten Karteieintrag zwischen dem 16. und 18. Lebensjahr kommt (Cogné, 2008: [www.liberation.fr](http://www.liberation.fr)). Außerdem ist der Zugang zu den Daten reglementierter, da zwei Jahre lang nachverfolgt werden kann, welches Dokument von wem konsultiert worden ist (Cogné, 2008: [www.liberation.fr](http://www.liberation.fr)).

Datenspeicherung, auch die biometrischer Daten, stellt ein wichtiges Element der Sicherheitspolitik Sarkozys von 2002 bis 2009 dar. Sarkozys Wille, eine verschärfte Datenspeicherung einzuführen, zeichnet sich bereits durch die vermehrte Verwendung von Fingerabdrücken im Zuge des LSI ab. Die Zugeständnisse, die Edvirsp gegenüber seinem Vorgänger Edvige macht, scheinen weniger Ausdruck des bewussten Schutzes der Privatsphäre zu sein, als eine politische Reaktion auf die starke Kritik, die das eigentliche Vorhaben Edvige hervorgerufen hat.

Ein weiteres viel genutztes Instrument ist die Videoüberwachung. Mit der Einrichtung der *Commission Nationale de la Vidéosurveillance* am 09. November 2007 kündigt Innenministerin Alliot-Marie an, die Zahl der Überwachungskameras im öffentlichen Straßenraum von 20.000 auf 60.000 zu verdreifachen (Barbier, 2009: 34). Ein knappes Jahr später läuft der „*plan 1 000 caméras*“ für Paris an. Nach dem Stadtzentrum sollen nun alle 20 *arrondissements* der Hauptstadt und vor allem Bahnhöfe, insbesondere der *Gare du Nord*, der immer wieder Schauplatz gewaltsamer Auseinandersetzungen ist, videoüberwacht werden (Leclerc, 2008). Getragen wird dieses Vorhaben vor allem vom Präsidenten Nicolas Sarkozy (Barbier, 2008: 34).

Vorreiter in der Anwendung dieser Technik ist seit den 50er Jahren England. Erst mit gewisser Verzögerung werden in Frankreich zunächst private, aber für die Öffentlichkeit zugängli-

che Räume, wie Banken oder Geschäfte mit Kameras ausgestattet. Später werden auch vereinzelte öffentliche Räume zum Schutz von öffentlichen Gebäuden ausgestattet (Barbier, 2009: 32). In den 90er Jahren schlägt dieser Überwachungstechnik aufgrund der Angst vor Freiheitsverlust und einem alles überwachenden Polizeistaat, der die gesamte Bevölkerung unter Generalverdacht stellt, enorme Ablehnung entgegen. Das heutige Bild sieht jedoch überraschend anders aus. Die Umfrage von IPSOS „Les Français et la vidéosurveillance“ vom März 2008 ergab, dass drei Viertel der Franzosen der Videoüberwachung gegenüber positiv eingestellt sind und sogar meinen, dass es zu wenige Kameras an öffentlichen Plätzen gibt. Die heutige politische wie soziale Legitimation der Videoüberwachung ist vor allem in Anbetracht dessen, dass es keinerlei Studien gibt, die ihre Effektivität bewiesen hätten, erstaunlich (Fonteneau, 2008: 3).

Das Gesetz *d’Orientation et de Programmation pour la Sécurité* (LOPS) von 1955 legt folgende fünf Ziele fest, die den Gebrauch von Kameras rechtfertigen, und definiert so den gesetzlichen Rahmen für Videoüberwachung:

- la protection des bâtiments et installations publics et de leurs abords;
- la sauvegarde des installations utiles à la défense nationale;
- la régulation du trafic routier;
- la constatation des infractions aux règles de la circulation;
- la prévention des atteintes à la sécurité des personnes et des biens dans les lieux particulièrement exposés à des risques d’agression ou de vol (Barbier, 2009: 36).

Das Gesetz zum Kampf gegen den Terrorismus von 2006 nahm zusätzlich das Ziel der Vorbeugung und der Repression von terroristischen Akten auf (Barbier, 2009: 36).

Der *Fonds Interministériel de Prévention de la Délinquance*, eingeführt durch das Gesetz zur *Prévention de la Délinquance* von 2007, soll Gemeinden bei der Realisierung von Videoüberwachungsprojekten unterstützen. 2007 wurden bereits 13 Millionen des 44 Millionen Euro umfassenden Fonds dafür verwendet (Fonteneau, 2008: 7). Neben der Förderung der Videoüberwachung wird jedoch genau auf den Schutz der Privatsphäre, die das Filmen der Innenräume von Wohnungen oder Hauseingängen verbietet, auf die maximal einmonatige Speicherung der Bilder und auf die Informationspflicht der Bürger über die Präsenz von Überwachungskameras geachtet (Ocqueteau, 2009: 58).

Der Polizei dient die Videoüberwachung neben den vom Gesetzgeber definierten Zielen als abschreckendes und vorbeugendes Mittel. Videoüberwachung kann insofern vorbeugend genutzt werden, indem Ordnungskräfte beispielsweise gezielt an Orte geschickt werden, an denen sich eine Eskalation abzeichnet (Barbier, 2009: 36). Zudem kann die Polizei mit Hilfe

von Überwachungskameras Versammlungen bei Festen oder Demonstrationen besser überblicken und somit zur Aufrechterhaltung der Ordnung beitragen. Schließlich können die aufgenommenen Bilder als Beweismaterial bei Ermittlungen dienen und zur Aufdeckung von Straftaten führen (Barbier, 2009: 37).

Obwohl die Effektivität der Videoüberwachung nicht empirisch geprüft ist, schreibt die Bevölkerung ihr Wirkungskraft zu. Auf das so geschaffene Sicherheitsgefühl geht Alliot-Marie in ihrer Ansprache vom 09. November 2007 ein, indem sie die Sicherheit der Franzosen als ihre Pflicht als Innenministerin deklariert und die Bereitstellung der effizientesten Mittel zur Realisierung dieser Sicherheit ankündigt (Fonteneau, 2008: 7). Dass diese Wirkung der Videoüberwachung nach wie vor nicht statistisch bewiesen ist, übergeht die Ministerin und geht gleichzeitig von einer Verbesserung der Aufklärungsquote aus, was Sarkozy in dem *Lettre de Mission* von ihr fordert.

Abschließend kann, unabhängig davon, ob die Videoüberwachung ein nützliches Mittel in der Kriminalitätsreduktion ist oder nicht, festgehalten werden, dass die von Alliot-Marie veranlasste Aufstockung von Überwachungskameras Spuren Sarkozys Einflusses tragen. So haben die Gesetze, die zur Zeit Sarkozys als Innenminister verabschiedet wurden, einen verstärkten Rückgriff auf dieses technische Mittel ermöglicht. Seine eindeutige Forderung, den Rückgang der Kriminalität, den er selbst initiiert habe, fortzuführen und dies zudem mit Zahlen zu belegen, gibt der Innenministerin zudem einen klaren Aktionsweg vor.

### **3.1.2.3 Bandenpolitik**

Sarkozys harsches Vorgehen gegenüber Banden ist bezeichnend für seine strenge Haltung ihnen gegenüber und der „Kärcher-Skandal“ im Zuge der Unruhen von 2005 wurde zum Sinnbild seiner repressiven Sicherheitspolitik. Die *Sous-direction de l'Information Générale* (SDIG) definiert eine Bande folgendermaßen:

Un leader, un ou plusieurs lieutenants, au moins trois adultes, un noyau stable, des regroupements pour raisons sociales, culturelles ou géographiques, et des actes violents ou des incivilités (Mandraud, 2009: Le Monde o.A.).

Grund für Sarkozys Forderung nach einem „plan de lutte contre les « bandes violentes »“ und die daraufhin ergriffenen Maßnahmen war der gewaltsame Zwischenfall im lycée professionnel de Gagny in Seine-Saint-Denis am 10.03.2009. Ungefähr 20 verummte und mit Eisenstangen, Stöcken und Messern bewaffnete Personen zwischen 14 und 20 Jahren drangen in das Gebäude ein und verletzten auf der Suche nach einem Schüler insgesamt zwölf Personen (A Gagny, 12 personnes en garde à vue après l'attaque d'un lycée:

www.liberation.fr). Sowohl das Rektorat als auch Alliot-Marie und Darcos, *Ministre de l'Éducation Nationale*, erläuterten in ihren Stellungnahmen, dass es sich bei dem Vorfall um Gewalt zwischen Banden gehandelt habe, die ihre Auseinandersetzung von der Straße in die Schule verlagert hätten (A Gagny, 12 personnes en garde à vue après l'attaque d'un lycée: www.liberation.fr).

Nachdem Sarkozy bereits einen Tag nach dem Zwischenfall einen Aktionsplan gegen gewaltsame Banden von Alliot-Marie bis Ende März fordert, nimmt er, wie es in *Le Monde* heißt, sein „Lieblingsthema Sicherheit“ wieder selbst in die Hand (Mandraud, 2009 *Le Monde* o.A.). So kündigt er am 18. März 2009 in Anwesenheit der entsprechenden Minister, Alliot-Marie, Darcos und Dati (Ministre de la Justice), 16 Maßnahmen zur Bekämpfung gewalttätiger Banden an (Bandes violentes: Nicolas Sarkozy annonce seize mesures policières et judiciaires: www.gouvernement.fr.). Unter anderem sieht er für die Polizei die Entwicklung eines Registers für Straßengewalt und Banden, die Einführung einer „police d'agglomération“, die Gründung von auf den Umgang mit Straßengewalt und Banden spezialisierten Gruppen, die Aufstockung der *Unités Territoriales de Quartier* (UTEQ) auf 100 bis Ende 2010 sowie die Verstärkung der Videoüberwachung von Gemeinden und schulischen Einrichtungen vor (Bandes violentes: Nicolas Sarkozy annonce seize mesures policières et judiciaires: www.gouvernement.fr.). Im Bereich der Justiz soll selbst für die temporäre Zugehörigkeit zu einer Bande eine Haftstrafe von drei Jahren eingeführt werden und das Eindringen in schulische Einrichtungen, das zuvor nur gebührenpflichtig verwarnt wurde, nun als Vergehen geahndet werden soll (Bandes violentes: Nicolas Sarkozy annonce seize mesures policières et judiciaires: www.gouvernement.fr.). Ähnlich wie es bei Polizisten bereits geschehen ist, sollen Angriffe auf das Personal der nationalen Bildung verschärft geahndet werden. Außerdem will Sarkozy, dass die 100 bis 200 von Gewalt und Kriminalität am stärksten betroffenen schulischen Einrichtungen identifiziert werden, um diese besser zu schützen (Bandes violentes: Nicolas Sarkozy annonce seize mesures policières et judiciaires: www.gouvernement.fr.).

Bereits Anfang April haben Alliot-Marie und Darcos die 120 gefährdetsten schulischen Einrichtungen identifiziert und einen Maßnahmenkatalog zu deren Sicherung präsentiert, der im Wesentlichen die Verstärkung der Videoüberwachung und der Polizeipräsenz durch so genannte *équipes mobiles* an Schulen vorsieht (Violences scolaires: Darcos et MAM, main dans la main: www.liberation.fr).



### 3.1.2.4 Plan Espoir Banlieues

Der am 20. Juni 2008 verabschiedete *plan espoir banlieues* ist dem Politikfeld der Stadtentwicklung zuzuordnen und steht erst auf den zweiten Blick mit der Inneren Sicherheitspolitik in Verbindung.

Die „Ni putes ni soumises“-Gründerin und Staatssekretärin für Stadtpolitik, Fadela Amara, wurde von Sarkozy mit der Ausarbeitung seines im Wahlkampf angekündigten "Marschall-Plans" für die Vorstädte beauftragt (Hillebrand, 2009: 1). Hintergrund der Initiative sind die Unruhen von 2005, hervorgerufen durch die, im Vergleich zur nationalen Ebene, mehr als doppelt so hohe Arbeitslosenquote in den *Zones Urbaines Sensibles* (ZUS) und insbesondere die hohe Jugendarbeitslosigkeit sowie der, wenn auch schwer ermittelbare, so dennoch hohe Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund in den ZUS (Hillebrand, 2009: 1f.). „Hauptziel [des Plans] ist es, Chancengleichheit herzustellen und die strukturellen Unterschiede zwischen den einzelnen Vierteln zu verringern“ (Hillebrand, 2009: 2). Um dieses Ziel zu erreichen, setzt der Plan an fünf Stellhebeln an: Arbeitsplatzbeschaffung, Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, Verbesserung der Lebensqualität, Ausbildung und Sicherheit. Im Kontext dieser Arbeit sind vor allem die beiden letzten Punkte, Ausbildung und Sicherheit, relevant.

Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildung in kritischen Vierteln und Vorstädten sind folgende:

- Das Experiment „busing“ soll Schüler des *cours moyen 1 et 2* (CM1/CM2) aus insgesamt 50 kritischen Vierteln zu Schulen in anderen Viertel fahren, um auf diese Weise die Diversität an Schulen zu fördern (Damon, 2008: 11).
- 30 „Orte der Exzellenz“ sollen die Lehre und das Image von schulischen Einrichtungen verbessern (Damon, 2008: 11).
- Mit Hilfe von Unternehmen und der *taxe d'apprentissage* soll die Finanzierung von zusätzlichen 12.000 Plätzen an den Schulen der zweiten Chance gewährleistet werden (Damon, 2008: 12).
- Zum Schulbeginn 2008 sollen 5% der besten Schüler mit sozialer oder kultureller Benachteiligung einen Platz in den Vorbereitungsklassen der *grandes écoles* bekommen (Damon, 2008: 12).
- Ebenso sollen in den nächsten fünf Jahren 4.000 Internatsplätze für Schüler aus den ZUS geschaffen werden (Damon, 2008: 12).

All diese Maßnahmen verfolgen Sarkozys Wahlprogrammziel eine Schule zu ermöglichen, die allen Schülern einen erfolgreichen Abschluss garantiert. Die Quoten und Zahlen, an die

jede einzelne Maßnahme geknüpft ist, verdeutlichen Sarkozys *politique du chiffre* auch im Bereich der Schulpolitik.

Die eingeführten Sicherheitsmaßnahmen sind Bindeglied des *plan espoir banlieues* und der Politik der Inneren Sicherheit. Ziel des Plans ist es, das Recht auf Sicherheit, Ruhe und harmonischeres Zusammenleben für alle zu gewährleisten. Sicherheit resultiere aus gegenseitigem Respekt und Vertrauen zwischen den Sicherheitskräften und der Bevölkerung. Um beides wiederherzustellen wurde die Funktion des Beauftragten für den Zusammenhalt zwischen Polizei und Bevölkerung eingeführt und Polizisten werden vor Arbeitsaufnahme mit dem entsprechenden Viertel vertraut gemacht (Damon, 2008: 13). Neben diesem Ansatz, der eher auf Zwischenmenschlichkeit und gegenseitigem Respekt beruht, sieht der Plan auch eine bessere Polizeipräsenz durch die Umverteilung von 4.000 Polizisten in den ZUS in den nächsten drei Jahren vor. Parallel dazu wird die Einrichtung von UTEQ, die Wiederbelebung der *Groupes d'Intervention Régionaux* (GIR) und der vermehrte Rückgriff auf Videoüberwachung und das automatische Auslesen von Autokennzeichen angekündigt (Damon, 2008: 13).

Um die Tragweite und Bedeutung dieser Maßnahmen zu erfassen, bedarf es eines Rückblicks in die Vergangenheit. 1997 hat der damalige Premier Minister Lionel Jospin die Nachbarschaftspolizei (*police de proximité*) erstmals erwähnt. Diese wurde unter Innenminister Chevènement 1999 eingeführt. Mit seiner Nominierung zum Innenminister 2002 schaffte Sarkozy die Nachbarschaftspolizei ab und führte an ihrer Stelle die GIR ein (Le concept de police de proximité: [www.tempsreel.nouvelobs.com](http://www.tempsreel.nouvelobs.com)). Aufgabe der GIR ist es, gegen die Schattenwirtschaft und andere Formen des Verbrechen, die diese mit sich bringt, wie z.B. Betäubungsmittelhandel und Geldwäsche, vorgegangen werden. Auf diese Weise soll an der Quelle von Unsicherheit und sozialer Destabilisierung in den ZUS angesetzt werden (Le Groupement d'Intervention Régional (G.I.R.): [www.hauts-de-seine.pref.gouv.fr](http://www.hauts-de-seine.pref.gouv.fr)).

Die nun 2008 unter Alliot-Marie eingeführten UTEQ werden in der Öffentlichkeit als eine neue Form der Nachbarschaftspolizei verstanden. Da sie das gleich Ziel der Wiederherstellung des Vertrauens und des öffentlichen Friedens verfolgen und ebenso zwischen offenen Gesprächen mit der Bevölkerung und der Festnahme von Straftätern agieren, wie es die Nachbarschaftspolizei von 1999 tat (Bonal, 2008). Nach der Einführung der UTEQ in einigen wenigen sensiblen Vierteln in 2008, ist für das Jahr 2009 die Verstärkung der UTEQ in 24 Städten vorgesehen. Indem Alliot-Maire die guten Ergebnisse dieser Maßnahme, in der Presse mitteilt, legitimiert sie die Verstärkung der Truppen. Die Kriminalität sei Dank der UTEQ in Saint-Denis um 10% und in der Courneuve sogar um 20% zurückgegangen (Leclerc, 2009a).

Obwohl die Einführung der UTEQ, als Rückkehr zur Nachbarschaftspolizei, einen Bruch in der Kontinuität Sarkozys Politik darstellt, hält Alliot-Marie die *culture du résultat* kontinuierlich aufrecht, indem sie der Öffentlichkeit den Erfolg dieser Maßnahme in Form von Zahlen vorlegt.

Seit der Zeit als Innenminister hat Sarkozy eine Strategie für die Innere Sicherheit implementiert, in der die einzelnen Gesetze kontinuierlich aufeinander aufbauen. Verschärfte (biometrische) Datenspeicherung, Einführung neuer Verstöße, verschärfte Strafbestimmungen, Bekämpfung von Jugendkriminalität und Banden, höhere Polizeipräsenz, GIR und UTEQ, Stärkung der Autorität und des Respekts gegenüber Sicherheitsbeamten, Mindeststrafen, Aufweichen der *excuse de minorité*, Videoüberwachung, Verdacht anstatt Beweis als Legitimation zum Eingreifen, *politique du chiffre*, *culture du résultat* und *tolérance zéro*. Dies alles charakterisiert eine rechtsorientierte und repressive Sicherheitspolitik zur Bekämpfung von Kriminalität, die in starkem Kontrast zu dem Wunsch nach Freiheit, Antiautorität, anti-hierarchischen Strukturen und Selbstbestimmung der 68er steht.

Eine Ausnahme stellt in weiten Teilen jedoch der *plan espoir banlieues* dar. Die Bemühungen durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, bessere Ausbildung, Ausbau der Verkehrsanbindung und Steigerung der allgemeinen Lebensqualität für Chancengleichheit in den benachteiligten Vororten und Problemvierteln zu sorgen, setzen auf Prävention statt Repression. Allerdings wird die positive Bilanz des Plans durch die verstärkte Polizeipräsenz durch GIR und UTEQ etwas geschmälert. Außerdem bewertet Almaraz selbst den Plan insgesamt als nur mittelmäßig und wirft den an der Stadtpolitik beteiligten Akteuren vor, sie können bedeutend mehr tun.

### **3.2 Schulpolitik von 2007 bis Anfang 2010**

Am 15. Februar 2008 präsentiert Sarkozy in Périgueux, der Stadt, in der Xavier Darcos Bürgermeister ist, das Reformvorhaben der *école primaire*. Die *école primaire* stellt für den Präsidenten der Republik die wichtigste Weichenstellung in der gesamten Schulausbildung dar, weil nur durch eine erfolgreiche Vermittlung des elementaren Wissens in der *école primaire* die Grundlage für eine weiterhin erfolgreiche Ausbildung gelegt werden kann. Die 15% der Schüler, die bereits die *école primaire* mit großen Schwierigkeiten verlassen, hätten kaum Chancen, diese Defizite später wieder aufzuholen (Sarkozy, Discours de Périgueux, 2008: <http://discours.vie-publique.fr/>). Die Reform, die er selbst als eine der wichtigsten Reformen der *école primaire* seit Jahrzehnten beschreibt, hat das ehrgeizige Ziel, das schulische Scheitern von 15% auf 5% zu reduzieren (Sarkozy, Discours de Périgueux: <http://discours.vie-publique.fr/>). Neben den drei Kernelementen der Reform,

der Organisation der Schulzeit, ein neues Evaluationssystem und neue Schulprogramme, geht er besonders auf die Wiederherstellung von Autorität und die *instruction civique* ein (Sarkozy, Discours de Périgueux: <http://discours.vie-publique.fr/>). So versteht Sarkozy die Krise der Ausbildung als Krise der Autorität und plädiert dafür, dem Lehrer als Vermittler von Wissen wieder mehr Autorität zuzusprechen und durch die *instruction civique* Werte und Verhaltensregeln des gemeinschaftlichen Lebens zu vermitteln (Sarkozy, Discours de Périgueux: <http://discours.vie-publique.fr/>).

Auch die Rede von Périgueux verdeutlicht zwei nun schon bekannte Charakteristika des Regierungsstils Sarkozys. Die *politique du chiffre* durch die quantifizierte Zielsetzung der Reform und die Personalisierung und Hyperzentralisierung politischer Entscheidungen. So stellt Sarkozy das Reformvorhaben fünf Tage vor Darcos der Öffentlichkeit vor und obwohl er seine Arbeit zwar als bemerkenswert beschreibt, so wird doch deutlich, dass Sarkozy sich selbst einen Teil der gelungenen Arbeit zuschreibt: „Xavier Darcos a fait un travail remarquable. Ce projet est le fruit d’un long dialogue“ (Sarkozy, Discours de Périgueux: <http://discours.vie-publique.fr/>).

### **3.2.1 Reform der École Primaire**

Fünf Tage nach dem Präsidenten stellt der *Ministre de l’Éducation Nationale* die Reform gegen schulisches Scheitern vor. Sie sieht zunächst eine Restrukturierung der Schulzeit vor. Bereits im September 2007 wurde die Streichung des Samstagsunterrichts, ohne Stunden- ausgleich, angekündigt (Flahault, 2009: 8). Ab dem Schuljahr 2008 verringert sich somit die Wochenstundenzahl um zwei auf insgesamt 24 Stunden (Flahault, 2009: 9). Diese Zeitein- sparung ermöglicht die Förderung von Schülern mit Lernschwierigkeiten. Außerdem wur- den für die Schüler des *cours moyens 1* und 2 (CM1 und CM2) in den Schulferien kostenlose Förderkurse (*stages de remise à niveau*) für Französisch und Mathematik eingerichtet (Flahault, 2009: 10). Mit Hilfe von Evaluationen in Französisch und in Mathematik für die Schüler des *cours élémentaire niveau 1* (CE1) und CM2 soll der erreichte Wissenstand der Schüler im Vergleich zum Programm bilanziert werden. Eine regelmäßige Wiederholung dieser Evaluationen ermöglicht dann auch den Vergleich zwischen Schülergenerationen (Flahault, 2009: 10-11).

Die neuen Programme wurden anhand folgender wesentlicher Grundlinien konzipiert. Zu- nächst stand die Ausarbeitung kurzer, klarer und leicht verständlicher Programme, die so- mit auch von den Eltern gelesen werden können, im Vordergrund (Flahault, 2009: 9). Durch die Fokussierung auf Französisch und Mathematik soll sich die Schule wieder auf die Ver-

mittlung von Grundwissen konzentrieren (Flahault, 2009: 9). Dabei liegt der Schwerpunkt im Französischunterricht auf Lesen, Schreiben, Grammatik und Wortschatz und im Mathematikunterricht auf (Kopf-) Rechnen, Geometrie, Größen und Maßeinheiten (Les nouveaux programmes de l'école primaire, 2008: 9-15).

Da der *instruction civique* gerade im Hinblick auf das Wahlprogramm Sarkozys eine größere Bedeutung zukommt, wird dieser Aspekt auch in einem kurzen geschichtlichen Abriss genauer betrachtet. Seit 1883 gibt es in französischen Schulen die *instruction morale et civique*. Durch moralische Unterweisung sowie Geschichte und Geographie sollte die nationale Identität geformt werden (Bergougnoux, 2006: 55). Abgesehen von der Unterbrechung während des Vichy Regimes war die *instruction morale et civique* bis in die 60er Jahre fest verankert. Die einschneidenden gesellschaftlichen Veränderungen durch das Ende der Kolonialzeit, den Beginn der Konsumgesellschaft, die Liberalisierung und Europäisierung und die Forderung nach anti-autoritärer Erziehung im Zuge der 68er Revolte verdrängten die *instruction morale et civique* als eigenständige Disziplin. Erst 1985 wurde sie unter dem neuen Namen *éducation civique* wieder eingeführt. In den folgenden Jahren wurden die Programme aller Schulformen mehrfach überarbeitet, wobei das Ziel der *éducation civique* jedoch nicht aus den Augen verloren wurde (Bergougnoux, 2006: 55-59). Auch wenn Sarkozy 2008 den älteren Begriff *instruction morale et civique* wieder verwendet, verfolgt er damit dennoch das gleiche Ziel: Vermittlung von Werten, Verhaltensnormen, Höflichkeitsformen, Respekt gegenüber den Wahrzeichen der französischen Republik (Nationalhymne, Flagge, Marianne) und Grundlagenkenntnisse der Organisation des öffentlichen Lebens und der Demokratie (Sarkozy, Discours de Périgueux, 2008: <http://discours.vie-publique.fr/>).

Die Reform der *école primaire* wird zudem von einer Reform der Rekrutierung und der Ausbildung (*mastérisation*) der Lehrer begleitet, auf die hier jedoch nicht gesondert eingegangen werden soll.

Die Reform hat in der französischen Öffentlichkeit hohe Wellen geschlagen. Die Reorganisation der Schulzeit wurde gleich mehrfach kritisiert. Dass eine Verkürzung der wöchentlichen Unterrichtszeit eine Verbesserung der schulischen Leistungen erzielen soll, wird bezweifelt. Außerdem widerspreche dies, so Antoine Prost, ehemaliger Berater des Premierministers Rocard, Sarkozys Leitspruch: „*travailler plus pour gagner plus*“ (Flahault, 2009: 27). Die einzelnen Schultage seien zudem zu lang und respektierten den biologischen Rhythmus von Kindern nicht (Flahault, 2009: 12). Die zweistündige Förderung leistungsschwacher Schüler liege meist in der Mittagszeit oder nach dem regulären Unterrichtschluss und könne daher nicht effektiv sein (Flahault, 2009: 12f.). Zudem fördere die gesonderte Betreuung einzelner Schüler, die meist auch die Kinder mit sozialer Benachteiligung sind, deren Stigmatisierung,

so Prost (Flahault, 2009: 27). Der Vorwurf der Ausdünnung der Lehrinhalte und der Streichung von Lehrerstellen runden die Kritik schließlich ab (Flahault, 2009: 12).

### 3.2.2 Gewalt an Schulen

Seit Jahren wird in den französischen Nachrichten von gewaltsamen Zwischenfällen in Schulen berichtet, was immer wieder zu Debatten in der Öffentlichkeit führt. Auch Sarkozy hat sich in seinem Wahlprogramm für eine Schule ohne Gewalt ausgesprochen. Im Folgenden wird gezeigt, welche politischen Maßnahmen ergriffen wurden, um dem Gefühl der Unsicherheit zu begegnen das, in der Öffentlichkeit herrscht. Da unter anderem der gewaltsame Zwischenfall am *lycée professionnel de Gagny* im März 2009 die Diskussion über notwendige Sicherheitsmaßnahmen an Schulen in Gang gesetzt hat, endet die Betrachtung nicht mit dem *ramaniement* im Juni 2009, sondern befasst sich explizit mit den Aktionen des neuen *Ministre de l'Éducation Nationale* und Regierungssprecher Luc Chatel und dem neuen *Ministre de l'Intérieur* Brice Hortefeux.

Das von Sarkozy im März 2009 angekündigte Vorgehen gegen Banden, bei dem einige Maßnahmen auch auf die Sicherheit an Schulen abzielten, wurde bereits im Kapitel 3.1.2.3 Bandenpolitik erörtert. Vor dem Hintergrund eines Anstiegs der Vergehen und Verbrechen um 4% im März und 2% im April, schreibt Sarkozy dem Innenministerium neue Maßnahmen zur Bekämpfung der Kriminalität und insbesondere zur Sicherung von Schulen vor (Leclerc, 2009b: o.A.). In den 184 Schulen, die am stärksten von Gewalt und Kriminalität betroffen sind, soll der Sicherheitszustand geprüft werden. Anhand der Ergebnisse werden dann entsprechende Sicherheitsmaßnahmen eingeleitet. Taschen und Ranzen von Schülern sollen durchsucht werden dürfen, um die Mitnahme von Waffen in Schulgebäude zu verhindern. Sicherheitsschleusen am Eingang der Gebäude können von Fall zu Fall eingerichtet werden. Außerdem sollten *équipes mobiles d'agents* und *policiers référents* jeder Schule zur Verfügung stehen (Leclerc, 2009b: o.A.)<sup>10</sup>. Im Juni äußert Sarkozy zudem den Wunsch, an Schulgebäuden das elementare Mittel der Sicherheitspolitik – die Videoüberwachung – zu ermöglichen (Galaud, 2009: [www.lefigaro.fr](http://www.lefigaro.fr)).

Chatel und Hortefeux stellen am 23. September 2009 gemeinsam den von Sarkozy geforderten Plan zur Sicherung der Schulen vor. Um Gewalt an Schulen vorzubeugen, sollen bis Ende 2010 Diagnosen des Sicherheitszustandes für alle Einrichtungen *du second degré* (also für *collèges* und *lycées*) vorgenommen werden (*Sécurisation des établissements scolaires*,

---

<sup>10</sup> Vgl. „Des mesures pour sécuriser les établissements scolaires des mesures pour sécuriser“. 29.05.2009. <http://www.gouvernement.fr/gouvernement/des-mesures-pour-securiser-les-etablissements-scolaires> (03.05.2010).

www.education.gouv.fr). Die Entscheidung über die anschließende Verwendung von Sicherheitsschleusen, Zäunen und Videoüberwachung liegt in der Verantwortung des Verwaltungsrates einer jeden Schule (Cailleau, 2010). Das Personal der schulischen Einrichtungen und die Lehrer sollen geschützt und geschult werden, indem Übergriffe ihnen gegenüber als „erschwerender Umstand“ bewertet und Schulungen „à l’exercice de l’autorité“ und „à la sécurisation des établissements“ angeboten werden (Sécurisation des établissements scolaires, www.education.gouv.fr). Polizeiliches Eingreifen in besonders schweren Fällen wird durch die *équipes mobiles de sécurité* möglich. Die 20 bis 50 Mann starken Truppen sollen eng mit dem Rektor einer Schule zusammenarbeiten und verfolgen drei Aufgaben:

[...] informer et prévenir en amont pour réduire les tensions, intervenir immédiatement en cas d’incident grave<sup>11</sup>, protéger les personnes et les biens par une présence continue [...] (Sécurisation des établissements scolaires: www.education.gouv.fr).

Die erste dieser Truppen wurde im Oktober 2009 im lycée Jean-Zay in Seine-Saint-Denis eingeführt. Noch bis Ende des Jahres sollen ca. 500 Personen rekrutiert werden, um die Installation der *équipes mobiles* an lycées in der Nähe von den ZUS zu ermöglichen (Pech, 2009). Zudem werden die vom Gesetz *de la Prévention de la Délinquance* vorgesehenen „référénts sûreté“ eingesetzt. Die Polizisten und Gendarmen sollen zusammen mit der Leitung von *écoles, collèges und lycées* konkrete technische Sicherheitsmöglichkeiten für jede Einrichtung ausarbeiten und somit der Gewalt und Kriminalität vorbeugen (Cornevin, 2009). Schließlich ist ein „Code de la paix scolaire“ für *collèges und lycées* für 2010 vorgesehen. Den Schülern soll der Respekt vor den Regeln des Zusammenlebens beigebracht und ihr Verantwortungsgefühl gestärkt werden (La prévention et la lutte contre la violence: www.education.gouv.fr).

Trotz der personellen Umbesetzung in beiden Ministerien werden Sarkozys Ankündigungen zur Sicherung der Schule von März und Mai 2009 mit Ausnahme der Durchsuchung von Ranzen, die nicht mehr auf der Tagesordnung steht, kontinuierlich umgesetzt (Cailleau, 2010: www.lexpress.fr).

### **3.3 Eine Strategie für zwei unterschiedliche Politikfelder**

In der Schul- wie in der Sicherheitspolitik stellt Sarkozy in seinem Wahlkampf zwei Hauptprobleme, derer er sich annehmen möchte, heraus: den Anstieg schulischen Versagens und

---

<sup>11</sup> Unter „incident grave“ versteht man: „discrimination raciste ou sexuelle, usage d’une arme, contrainte ou menaces, blessures ou préjudice financier justifiant une plainte ou un conseil de discipline“ (Troger 2009: 47).

der Kriminalität. Getreu der bereits erwähnten *culture du résultat* setzt sich Sarkozy quantifizierbare Ziele, an denen seine Leistung gemessen werden kann. Die Quote des Schulversagens soll bis zum Ende der Amtszeit von 15% auf 5% und die Kriminalitätsquote um 5% gesenkt werden. Im Fokus der Betrachtung steht die Frage, wie er dies erreichen will.

Seine Herangehensweise an beide Problemfelder weist durchaus Parallelen auf. In beiden Politikfeldern packt er das Problem an der Wurzel an. Bildete sonst das *collège* als so genannter „*maillon faible*“ (Flahault, 2009: 6) den Kern politischer Debatten, so setzt Sarkozy mit der Reform der *école primaire* eine Institution früher an. Nur ein erfolgreicher Abschluss der *école primaire* bilde die Voraussetzung dafür, überhaupt eine Chance zu haben, auch die weitere Schullaufbahn erfolgreich bestreiten zu können (Sarkozy, Discours de Périgueux <http://discours.vie-publique.fr/>). Ähnlich verhält es sich bei der Kriminalitätsbekämpfung. Das Aufweichen der *excuse de minorité*, Einführung der C.D.D.F. und die *responsabilisation des parents*, Verschärfung der Strafbestimmungen für Minderjährige, härteres Vorgehen bei minderjährigen Wiederholungstätern und Erfassung im Edvirsp ab dem 13. Lebensjahr zielen explizit auf die Bekämpfung von Kriminalität in besonders jungen Jahren ab.

Die verstärkte Polizeipräsenz durch UTEQ und GIR in den ZUS und durch *équipes mobiles de sécurité* an Schulen sowie der erhöhte Rückgriff auf technische Hilfsmittel wie die Speicherung von (biometrischen) Daten, Videokameras und Sicherheitsschleusen an Schulen, die Einführung neuer Verstöße und die Stärkung der Autorität von Polizisten und Lehrern bauen einen, in der Öffentlichkeit sichtbaren Sicherheitsstaat auf, der den politischen Zielen der '68er komplett zuwider läuft. Die Videoüberwachung aller Bürger bzw. Schüler, die Aufnahme in Polizeiregister bei Verdacht eine Straftat begangen zu haben und Ausweiskontrollen bei „*raisons plausibles de soupçonner*“ zeichnen eine repressive Politik, die die Bevölkerung, wenn auch nicht unter Generalverdacht stellt, so doch zumindest die Unschuldsvermutung verwässert.

Lediglich im *plan espoir banlieues* und durch die Abschaffung der *carte scolaire* setzt Sarkozy auf Prävention, indem er die Chancengleichheit stärkt. Die Aufwertung der Vororte, die freiere Schulwahl, „*busing*“ und Quotenplätze an Internaten, Eliteschulen oder in Vorbereitungskursen verfolgen Sarkozys Forderung nach „*mixité sociale, géographique et scolaire*“ aus seinem Wahlkampfprogramm (Sarkozy, Ensemble tout devient possible: 12).



## 4 Fazit

Die Frage, ob Sarkozy das Erbe '68 wirklich liquidieren will, ist zu bejahen. So verdeutlichen die vorausgegangen Betrachtungen den eindeutigen politischen Willen Sarkozys, zu mehr Autorität, Ordnung und Sicherheit zurückzukehren. Sarkozys rechtsorientierte und repressive Politik, die Orientierung an traditionellen Werten, hierarchischen Strukturen und Autorität verkörpern all das, wogegen sich die Protagonisten der '68er Revolte ausgesprochen haben. Allerdings ist damit noch nicht klar, ob man das Erbe '68 überhaupt liquidieren kann. Auch wenn die Revolte in politischer Hinsicht durch die Wiederwahl de Gaulles gescheitert ist, so trägt sie in sozialer Hinsicht einen klaren Sieg davon. Der Kampf der '68er für Gleichberechtigung der Frauen, Anerkennung von Homosexualität, offenerer Umgang mit Sexualität im Allgemeinen, Beziehungen innerhalb der Familie, Gewerkschaftsrechte und Schulpädagogik, hat die Gesellschaft nachhaltig verändert. Ohne diese gesellschaftlichen Veränderungen wäre ein Präsident, der Sohn eines Einwanderers mit jüdisch-ungarischer Abstammung und zum dritten Mal verheiratet ist, und der zudem seinen luxuriösen Lebensstil in aller Öffentlichkeit zeigt, nicht denkbar gewesen.

Davon abgesehen verbindet Sarkozy noch mehr mit 1968. Er stellt seinen Wahlkampf unter das Motto der „*rupture*“ und will als Kandidat, der für Neuanfang steht, verstanden werden. Auch 1968 befindet sich die französische Gesellschaft an einem Punkt, an dem sie sich für Aufbruch und Neuanfang entscheidet. Betrachtet man den Titel von Sarkozys Wahlprogramm losgelöst von seiner Person, könnte man ihn auch für einen Slogan der '68er halten. Gemeinsam (durch mehr Mitbestimmung) alles möglich zu machen, hätten sich auch die '68er zum Motto ihrer politischen Forderungen machen können. Wenn Sarkozy also für einen Neuanfang stehen möchte und diesen Umbruch durch „Liquidierung“, also auf ähnlich radikale Weise wie die '68er durchsetzen will, muss er sich auch trauen, neue Wege einzuschlagen. Sein gleichzeitig gefasster Vorsatz, zu der Zeit vor '68 zurückzukehren, scheint aber das Beschreiten solch neuer Wege unmöglich zu machen. Denn die Liquidierung des Erbes Mai '68 würde eine Rückkehr und eben nicht einen Bruch mit dem Alten darstellen.

Sarkozys Kritik, dass die heutige Gesellschaft von Mangel an Hierarchie, Autorität, Höflichkeit, Respekt, Exzellenz, Gemeinkultur und Moral, intellektuellem und moralischem Relativismus, fehlender Wertehierarchie und Werteverfall geprägt sei, stellt sicherlich seine grundsätzliche Überzeugung dar. Dass er diesen Zustand durch eine Politik der Autorität, Moral und Ordnung ändern will, um schließlich auch Sicherheit gewährleisten zu können, scheint daher eine schlüssig und zudem eine klassisch rechtsorientierte Sicht- und Heran-

gehensweise an das Problem zu sein. Allerdings wird dies nicht durch die Liquidierung eines Ereignisses möglich sein, das 40 Jahre in der Vergangenheit liegt und die Gesellschaft maßgeblich und unwiderruflich geprägt hat. Da dies auch Sarkozy wahrscheinlich bewusst ist, muss er neben der Vermittlung seiner grundsätzlichen Überzeugung noch ein anderes Motiv gehabt haben.

Sarkozy, der mit dem Umgang und dem Einsatz von Medien vertraut ist, muss bewusst gewesen sein, welche große öffentliche Aufmerksamkeit er mit dem Vorwurf, Mai '68 sei für alle Missstände der heutigen Gesellschaft verantwortlich, auf sich ziehen würde. Die Kritik an '68 passt somit zu seiner vorausgegangenen Wahlkampfstrategie, die auf Spaltung setzt. Dass er dieses Thema erneut und in einer solchen Deutlichkeit in der letzten großen Wahlkampfrede vor dem entscheidenden zweiten Wahlgang aufgreift, ist sicherlich kein Zufall und verfolgt die Absicht, rechte Wählerstimmen auf sich zu vereinen und vor allem bei der älteren Bevölkerung ab 75 Jahren zu punkten, die dem Mai '68 eher kritisch gegenüber steht. Seine Ankündigung, das Erbe Mai '68 liquidieren zu wollen, ist von daher als eine Mischung aus Wahlkampfstrategie und wirklicher Überzeugung zu sehen.

## 5 Ausblick

Da die Amtsperiode Nicolas Sarkozys zur Zeit der Fertigstellung dieser Arbeit noch nicht abgeschlossen ist, bietet sich eine spätere Auseinandersetzung mit der Thematik an. Erst am Ende des *quinquennat* können alle bis dahin eingeleiteten Maßnahmen und Gesetze analysiert werden. Ihre Wirkungskraft und Sarkozys Zielerreichung (Steigerung der Schulerfolgsquote und Reduktion der Kriminalitätsquote) werden erst mit zeitlicher Verzögerung überprüft werden können. Dabei sollte auch auf den Einfluss, den die Wahlniederlage der UMP bei den Regionalwahlen vom 21.03.2010 möglicherweise auf die weitere Politik Sarkozys hat, eingegangen werden.

Die Regionalwahlen sind die letzten Wahlen in Frankreich vor der Präsidentschaftswahl 2012 und gelten als wichtiger Stimmungstest. Als Reaktion auf den ernüchternden Wahlausgang nahm Sarkozy eine kleine Kabinettsumbildung vor. In seiner sehr kurzen öffentlichen Stellungnahme kam Sarkozy mit keinem Wort auf das Thema der *insécurité* zu sprechen. Inwiefern der Wahlausgang Sarkozys Schul- und Sicherheitspolitik und sein Fernziel, das Erbe '68 zu liquidieren, beeinflusst, bleibt daher vorerst abzuwarten.

## II Literaturverzeichnis

### Primärliteratur

**Gilcher-Holtey, Ingrid**, *Die Phantasie an die Macht. Mai 68 in Frankreich*. Frankfurt: 1995.

**Loth, Wilfried**, *Geschichte Frankreichs im 20. Jahrhundert*. Stuttgart: 1987.

**Sarkozy, Nicolas**, *Discours de Bercy*. 29.04.2007. <http://discours.vie-publique.fr/notices/073001622.html> (04.04.2010).

**Sarkozy, Nicolas**, *Lettre de Mission adressée à Mme Michèle ALLIOT-MARIE, ministre de l'Intérieur, de l'Outre-mer et des Collectivités territoriales*. 30.06.2007. [http://www.elysee.fr/elysee/elysee.fr/francais/interventions/2007/juillet/lettre\\_de\\_mission\\_adressee\\_a\\_mme\\_michele\\_alliot-marie\\_ministre\\_de\\_l\\_interieur\\_de\\_l\\_outre-mer\\_et\\_des\\_collectivites\\_territoriales.79197.html](http://www.elysee.fr/elysee/elysee.fr/francais/interventions/2007/juillet/lettre_de_mission_adressee_a_mme_michele_alliot-marie_ministre_de_l_interieur_de_l_outre-mer_et_des_collectivites_territoriales.79197.html) (03.05.2010)

**Sarkozy, Nicolas**, *Discours de Périgueux*. 15.02.2008. <http://discours.vie-publique.fr/notices/087000571.html> (04.04.2010).

**Sarkozy, Nicolas**, *Ensemble tout devient possible*. o.J. <http://www.sarkozy.fr/lafrance/> (30.03.2009).

**Weber, Henri**, *Que reste-t-il de mai68? Essai sur les interprétations des «événements»*, 2. Auflage, o.O. 1998.

**o.V.**, *Loi n°2007-297 du 5 mars 2007 relative à la prévention de la délinquance*, Artikel 9, [http://www.legifrance.gouv.fr/affichCodeArticle.do;jsessionid=8374F608E6BE7C3ED754D29DFFC49F33.tpdjo13v\\_3?cidTexte=LEGITEXT000006074069&idArticle=LEGIARTI000006796799&dateTexte=20100318&categorieLien=cid#LEGIARTI000006796799](http://www.legifrance.gouv.fr/affichCodeArticle.do;jsessionid=8374F608E6BE7C3ED754D29DFFC49F33.tpdjo13v_3?cidTexte=LEGITEXT000006074069&idArticle=LEGIARTI000006796799&dateTexte=20100318&categorieLien=cid#LEGIARTI000006796799), (18.03.2010).

### Sekundärliteratur

#### Beiträge in Sammelbänden :

**Barbier, Marc**, „Vidéoprotection: Big Brother ou outil de lutte contre la délinquance?“. In: *Sécurité et libertés publiques*, regards sur l'actualité, n°349, Paris: März 2009, S. 31-43.

**Brun, Marianne**, „La loi d'orientation et de programmation pour la sécurité intérieure“. In: *Sécurité et justice*, Regards sur l'actualité, n°284, Paris: September - Oktober 2002, S. 5-12.

**Damon, Julien**, „Les grandes lignes du plan Espoir banlieues“. In: *Le plan Espoir banlieues*, *Regards sur l'actualité*, n°342, Paris Juli 2008, S. 5-16.

**Debail, Sophie**, „La loi renforçant la lutte contre la récidive des majeurs et des mineurs“. In: *Délinquance et récidive: les réponses pénales*, regards sur l'actualité, n°336, Paris: Dezember 2007, S. 37-53.

**Dieu, François**, „Chroniques – Gendarmerie et sécurité intérieure – La loi d'orientation et de programmation pour la sécurité intérieure (LOPSI)“. In: *Défense nationale*, Paris: 2003a, S. 152-155.

**Dieu, Francois**, „Chroniques – Gendarmerie et sécurité intérieure – La loi pour la sécurité intérieure (LSI)“. In: *Défense nationale*, Paris: 2003b, S. 193-196.

**Flahault, Isabelle**, „La réforme de l'école primaire: mode d'emploi“. In: *École primaire: réforme et débats*, regards sur l'actualité, n°348, Paris: Februar 2009, S. 5-13.

**Flahault, Isabelle**, „Contre la réforme de l'école primaire“. In: *École primaire: réforme et débats*, regards sur l'actualité, n°348, Paris: Februar 2009, S. 25-31.

**Follin, Bertrand**, „Le volet pénal de la loi sur la prévention de la délinquance“. In: *Délinquance et récidive: les réponses pénales*, regards sur l'actualité, n°336, Paris: Dezember 2007, S. 27-35.

**Große, Sybille**, „Sarkozy et l'héritage de 1968. Mythisierung oder Entmythisierung?“. In: Isabella von Treskow & Christian von Tschilschke (Hrsg.), *1968/2008. Revision einer kulturellen Formation*, Tübingen: 2008, S. 43-57.

**Laurent, Sébastien**, „Les fichiers légaux et illégaux, outils de surveillance dans les Républiques“. In: *Sécurité et libertés publiques*, regards sur l'actualité, n°349, Paris: März 2009, S. 5-13.

**Mouhanna, Christian**, „Le miracle de la sécurité, vu de l'Intérieur“. In: *La new droite. Une révolution conservatrice à la française?*, Mouvements, n°52, Paris: November - Dezember 2007, S. 35-44.

**Nuttens, Jean-Dominique**, „La loi pour la sécurité intérieure“. In: *Emploi, chômage*, Regards sur l'actualité, n°290, Paris: April 2003, S. 65-77.

**Ocqueteau, Frédéric**, „Occuper, surveiller, réguler l'espace public. L'utilisation de la vidéosurveillance“. In: Anne Wyvekens (Hrsg.), *Espaces publiques et sécurité*, problèmes politiques et sociaux, n°930, Paris: November 2006, S. 57- 58.

**Peyrat, Didier**, „La pénalisation des rassemblements dans les halles d'immeubles“. In: Anne Wyvekens(Hrsg.), *Espaces publiques et sécurité*, problèmes politiques et sociaux, n°930, Paris: November 2006, S. 50-51.

### Internetquellen:

**Bergougnieux, Alain**, „L'École et l'éducation civique“. In: La revue de l'inspection générale n°3, *Existe-il un modèle français?*, Septembre 2006. <http://media.education.gouv.fr/file/37/6/3376.pdf> (15.01.2010).

**Bonal, Cordélia**, „MAM réinvente sans le dire la police de proximité“. In: *Le Figaro*. 05.04.2008. <http://www.liberation.fr/france/010178043-mam-reinvente-sans-le-dire-la-police-de-proximite> (07.03.2010).

**Cailleau, Emilie**, „La violence scolaire augmente-t-elle?“. In: *L'Express.fr*. 05.02.2010. [http://www.lexpress.fr/actualite/societe/education/la-violence-scolaire-augmente-t-elle\\_846930.html](http://www.lexpress.fr/actualite/societe/education/la-violence-scolaire-augmente-t-elle_846930.html) (17.03.2010).

**Congé, Gael**, „Edvirsp, nouvel Edvige qui ne convainc pas“. In: *Libération*. 17.10.2008. <http://www.liberation.fr/societe/0101162825-edvirsp-nouvel-edvige-qui-ne-convainc-pas> (04.03.2010).

**Cornevin, Christophe**, „Policiers et gendarmes aux côtés des proviseurs“. In: *Le Figaro.fr*. 30.12.2009. <http://www.lefigaro.fr/actualite-france/2009/12/26/01016-20091226-ARTFIG00365-policiers-et-gendarmes-aux-cotes-des-proviseurs-.php> (17.03.2010).

**Fonteneau, Mathilde**, „Vidéosurveillance et espaces publics. État des lieux des évaluations menées en France et à l'étranger“. Étude n°20.08.02. Institut d'Aménagement et d'Urbanisme d'Île-de-France. Octobre 2008. <http://www.iau-idf.fr/nos-etudes/detail-dune-etude/etude/videosurveillance-et-espaces-publics.html> (02.04.2010).

**Galaud, Flore**, „Sarkozy autorise la fouille des élèves à l'école“. In: *Le Figaro*. 01.06.2009. <http://www.lefigaro.fr/politique/2009/05/28/01002-20090528ARTFIG00399-sarkozy-autorise-la-fouille-des-eleves-a-l-ecole-.php> (12.06.2009).

**Hillebrand, Ernst; Kreuder-Sonnen, Christian**, „«Espoir Banlieue» - Ein Marshall-Plan für die französischen Vorstädte?“ Frankreich-Analyse, Referat Westliche Industrieländer. Friedrich Ebert Stiftung. März 2009, <http://www.fesparis.org/common/pdf/publications/Plan%20Banlieue.pdf> (02.04.2010).

**Mucchielli, Laurent**: „Le «nouveau management de la sécurité» à l'épreuve: délinquance et activité policière sous le ministère Sarkozy (2002-2007)“, *Champ pénal / Penal field*, nouvelle revue internationale de criminologie. Vol V 2008. Mis en ligne le 28 avril 2008. <http://champpenal.revues.org/3663> (27.02.2010).

**Pech, Marie-Estelle**, „Les brigades de sécurité scolaire entrent en action“. In: *Le Figaro*. 09.10.2009. <http://www.lefigaro.fr/actualite-france/2009/10/03/01016-20091003ARTFIG00692-lancement-des-brigades-de-securite-scolaire-.php> (20.01.2010).

**o.V.**, „Loi du 5 mars 2007 relative à la prévention de la délinquance. Où en est-on?“. <http://www.vie-publique.fr/actualite/panorama/texte-vote/loi-du-5-mars-2007-relative-prevention-delinquance.html> (24.02.2010).

**o.V.**, „La La lutte contre la récidive“. 26.03.2008. <http://www.vie-publique.fr/politiques-publiques/justice-2007/index/> (03.05.2010).

**o.V.**, „Le fichier EDVIGE devient EDVIRSP“. 20.11.2008. <http://tempsreel.nouvelobs.com/actualite/societe/20080920.OBS1990/le-fichier-edvige-devient-edvirsp.html> (03.05.2010).

**o.V.**, „A Gagny, 12 personnes en garde à vue après l'attaque d'un lycée“. 10.03.2009. <http://www.liberation.fr/societe/0101553448-a-gagny-des-barres-de-fer-et-des-couteaux-dans-un-lycee> (09.03.2010).

**o.V.**, „Bandes violentes : Nicolas Sarkozy annonce seize mesures policières et judiciaires“. 19.03.2009. <http://www.gouvernement.fr/gouvernement/bandes-violentes-nicolas-sarkozy-annonce-seize-mesures-policieres-et-judiciaires> (01.03.2010).

**o.V.**, „Violences scolaires: Darcos et MAM, main dans la main“. 03.04.2009. <http://www.liberation.fr/societe/0101560011-violences-scolaires-darcos-et-mam-main-dans-la-main> (09.03.2010).

**o.V.**, „Le concept de police de proximité“. 23.06.2008. <http://tempsreel.nouvelobs.com/actualite/societe/20080114.OBS5190/le-concept-de-police-de-proximite.html> (07.03.2010).

**o.V.**, „Le Groupement d'Intervention Régional (G.I.R.)“. [www.hauts-de-seine.pref.gouv.fr/textimg.php?id=760&pg=1139](http://www.hauts-de-seine.pref.gouv.fr/textimg.php?id=760&pg=1139) (01.03.2010).

**o.V.**, „Les nouveaux programmes de l'école primaire“. 20.02.2008. [http://media.education.gouv.fr/file/02\\_fevrier/24/3/BOEcolePrimaireWeb\\_24243.pdf](http://media.education.gouv.fr/file/02_fevrier/24/3/BOEcolePrimaireWeb_24243.pdf) (03.05.2010).

**o.V.**, „Sécurisation des établissements scolaires“. 23.09.2009. <http://www.education.gouv.fr/cid49033/securisation-des-etablissements-scolaires.html> (03.05.2010).

**o.V.**, „La prévention et la lutte contre la violence“. <http://www.education.gouv.fr/cid2765/la-prevention-et-la-lutte-contre-la-violence.html> (03.05.2010).

### **Digitale Datenbank:**

**o.V.:** Munzinger-Archiv, Internationales Biographisches Archiv 23/2007 vom 9. Juni 2007 (Ia), Ergänzt um Nachrichten durch MA-Journal bis KW 48/2008.

### **Zeitungsartikel:**

**Congé, Gael**, „Edvirsp, nouvel Edvige qui ne convainc pas“. 17.10.2008. <http://www.liberation.fr/societe/0101162825-edvirsp-nouvel-edvige-qui-ne-convainc-pas> (03.05.2010).

**Leclerc, Jean-Marc**, „Le „plan 1 000 caméras“ est lancé à Paris“. In: *Le Figaro*. 16.10.2008, S.9.

**Leclerc, Jean-Marc**, „La police de quartier sera renforcée dans 24 villes en 2009“. In: *Le Figaro*. 22.01.2009a, S. 10.

**Leclerc, Jean-Marc**, „Cinq objectifs fixés aux forces de l'ordre“. In: *Le Figaro*. 29.05.2009b, o.S.

**Mandraud, Isabelle**, „Sécurité: M. Sarkozy retrouve son thème favori. Le chef de l'Etat a annoncé un nouveau délit visant la participation „même temporaire“ à une bande“. In: *Le Monde*. 20.03.2009, o.S.

### **Zeitschriftenaufsätze:**

**Troger, Vincent**, „Peut-on mesurer objectivement la violence scolaire?“. In: *Sciences Humaines*, n°208. Oktober 2009, S. 46-48.

### III Eigenständigkeitserklärung

Hiermit bestätige ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel benutzt habe. Die Stellen der Arbeit, die mit Wortlaut oder dem Sinn nach anderen Werken (dazu zählen auch Internetquellen) entnommen sind, wurden unter Angabe der Quelle kenntlich gemacht. Die Arbeit ist nicht bereits in einem anderen Seminar vorgelegt worden.

Passau, den 13.05.2010

.....

Unterschrift

## IV Anhang

Ausschnitt der Rede von Nicolas Sarkozy in Bercy am 29. April 2007

- 1 Mes chers amis,
- 2 [...]
- 3 J'ai voulu remettre la volonté politique et la France au coeur du débat politique. Au cours  
4 de cette campagne, à travers tous les discours et tous les sujets, je n'ai finalement parlé  
5 que d'elles, et les Français que j'ai rencontrés ne m'ont aussi parlé que d'elles.  
6 La volonté politique et la nation c'est toujours pour le meilleur et pour le pire.  
7 Le peuple qui se mobilise, qui devient une force collective, c'est une puissance redoutable  
8 qui peut aussi bien agir pour le meilleur que pour le pire.  
9 Faisons en sorte que ce soit pour le meilleur.
- 10 Nous conjurerons le pire en respectant les Français, en tenant nos engagements, en respec-  
11 tant la parole donnée.
- 12 Nous conjurerons le pire en remettant de la morale dans la politique.
- 13 Oui, de la morale.
- 14 Le mot « morale » ne me fait pas peur. La morale, après mai 68, on ne pouvait plus en par-  
15 ler. C'était un mot qui avait disparu du vocabulaire politique. Pour la première fois depuis  
16 des décennies, la morale a été au cœur d'une campagne présidentielle.
- 17 Mai 68 nous avait imposé le relativisme intellectuel et moral. Les héritiers de mai 68  
18 avaient imposé l'idée que tout se valait, qu'il n'y avait aucune différence entre le bien et le  
19 mal, entre le vrai et le faux, entre le beau et le laid. Ils avaient cherché à faire croire que  
20 l'élève valait le maître, qu'il ne fallait pas mettre de note pour ne pas traumatiser les mau-  
21 vais élèves, qu'il ne fallait pas de classement.
- 22 Ils avaient cherché à faire croire que la victime comptait moins que le délinquant.  
23 Ils avaient cherché à faire croire qu'il ne pouvait exister aucune hiérarchie de valeurs.  
24 Ils avaient proclamé que tout était permis, que l'autorité c'était fini, que la politesse c'était  
25 fini, que le respect c'était fini, qu'il n'y avait plus rien de grand, plus rien de sacré, plus rien  
26 d'admirable, plus de règle, plus de norme, plus d'interdit.
- 27 Souvenez-vous du slogan de mai 68 sur les murs de la Sorbonne : « Vivre sans contrainte et  
28 jouir sans entrave. »
- 29 Voyez comment l'héritage de mai 68 a liquidé l'école de Jules Ferry qui était une école de  
30 l'excellence, une école du mérite, une école du respect, une école du civisme, une école qui  
31 voulait aider les enfants à devenir des adultes et non à rester de grands enfants, une école  
32 qui voulait instruire et non infantiliser, parce qu'elle avait été construite par de grands ré-  
33 publicains qui avaient la conviction que l'ignorant n'est pas libre.
- 34 Voyez comment l'héritage de mai 68 a liquidé une école qui transmettait une culture com-  
35 mune et une morale partagée grâce auxquelles tous les Français pouvaient se parler, se  
36 comprendre, vivre ensemble.
- 37 Voyez comment l'héritage de mai 68 a introduit le cynisme dans la société et dans la poli-  
38 tique.
- 39 Voyez comment le culte de l'argent roi, du profit à court terme, de la spéculation, comment  
40 les dérives du capitalisme financier ont été portés par les valeurs de mai 68.
- 41 Voyez comment la contestation de tous les repères éthiques, de toutes les valeurs morales  
42 a contribué à affaiblir la morale du capitalisme, comment elle a préparé le terrain au capita-  
43 lisme sans scrupule et sans éthique des parachutes en or, des retraites chapeaux et des



44 patrons voyous, comment elle a préparé le triomphe du prédateur sur l'entrepreneur, du  
45 spéculateur sur le travailleur.

46 Voyez comment les héritiers de mai 68 ont abaissé le niveau moral de la politique.  
47 Voyez tous ces politiciens qui se réclament de l'héritage de mai 68, qui donnent aux autres  
48 des leçons qu'ils ne s'appliquent jamais à eux-mêmes, qui veulent imposer aux autres de  
49 comportements, des règles, des sacrifices qu'ils ne s'imposent jamais à eux-mêmes.  
50 Voyez-les, écoutez-les proclamer : « Faites ce que je dis, ne faites pas ce que je fais ! »

51 Voyez-la, écoutez-la cette gauche héritière de mai 68 qui est dans la politique, dans les mé-  
52 dias, dans l'administration, dans l'économie,  
53 cette gauche qui a pris goût au pouvoir, aux privilèges, cette gauche qui n'aime pas la na-  
54 tion parce qu'elle ne veut plus rien partager,  
55 cette gauche qui n'aime pas la République parce qu'elle n'aime pas l'égalité,  
56 cette gauche qui prétend défendre les services publics mais qui ne prend jamais les trans-  
57 ports en commun,  
58 cette gauche qui aime tellement l'école publique qu'elle n'y met pas ses enfants,  
59 cette gauche qui adore la banlieue mais qui se garde bien d'aller y habiter,  
60 cette gauche qui trouve toujours des excuses aux voyous à condition qu'ils restent dans des  
61 quartiers où elle ne va jamais,  
62 cette gauche qui fait des grands discours sur l'intérêt général mais qui s'enferme dans le  
63 clientélisme et dans le corporatisme,  
64 cette gauche qui signe des pétitions quand on expulse des squatters mais qui n'accepterait  
65 pas que l'on s'installe chez elle,  
66 cette gauche qui passe son temps à faire la morale aux autres sans être capable de se l'ap-  
67 pliquer à elle-même,  
68 cette gauche qui entre Jules Ferry et mai 68 a choisi mai 68,  
69 cette gauche condamne la France à un immobilisme dont les travailleurs, dont les plus mo-  
70 destes, les plus pauvres, ceux qui souffrent déjà seraient les principales victimes.

71 Voyez-la, écoutez-la cette gauche qui depuis mai 68 a renoncé au mérite et à l'effort.  
72 Voyez-la, écoutez-la cette gauche qui depuis mai 68 a cessé de parler aux travailleurs, de se  
73 sentir concernée par le sort des travailleurs, d'aimer les travailleurs parce qu'elle rejette la  
74 valeur travail, parce que la valeur travail ne fait plus partie de ses valeurs, parce que son  
75 idéologie à elle ce n'est pas l'idéologie de Jaurès, ce n'est pas l'idéologie de Blum qui res-  
76 pectaient le travail, qui aimaient les travailleurs, son idéologie à elle c'est l'idéologie du  
77 partage du travail, des 35 heures, de l'assistantat.  
78 La crise du travail est d'abord une crise morale dans laquelle l'héritage de mai 68 porte une  
79 lourde responsabilité. Je veux réhabiliter le travail. Je veux redonner au travailleur la pre-  
80 mière place dans la société.

81 Regardez comment l'héritage de mai 68 affaiblit l'autorité de l'Etat ! Regardez comment les  
82 héritiers de ceux qui en mai 68 criaient : « CRS = SS » prennent systématiquement le parti  
83 des voyous, des casseurs et des fraudeurs contre la police.  
84 Regardez comment ils ont réagi après les incidents de la gare du Nord. Au lieu de condam-  
85 ner les casseurs et d'apporter leur soutien aux forces de l'ordre qui font un travail difficile,  
86 ils n'ont rien trouvé de mieux à dire que cette phrase qui mérite de rester dans les annales  
87 de la République. Je cite : « Il est inquiétant de constater qu'un fossé se creuse entre la  
88 police et la jeunesse ».

89 Comme si les casseurs de la gare du Nord représentaient toute la jeunesse française.  
90 Comme si c'était la police qui était en tort et pas les casseurs.  
91 Comme si les voyous avaient tout cassé et avaient pillé les magasins pour exprimer une  
92 révolte contre une injustice.

93 Comme si la jeunesse excusait tout.  
94 Comme si la société était toujours coupable et le délinquant toujours innocent.

95 Ecoutez-les, les héritiers de mai 68 qui cultivent la repentance, qui font l'apologie du com-  
96 munitarisme, qui dénigrent l'identité nationale, qui attisent la haine de la famille, de la  
97 société, de l'Etat, de la nation, de la République.

98 Dans cette élection il s'agit de savoir si l'héritage de mai 68 doit être perpétué ou s'il doit  
99 être liquidé une bonne fois pour toutes.

100 Je veux tourner la page de mai 68.  
101 Mais il ne faut pas faire semblant.  
102 Il ne faut pas se contenter de mettre des drapeaux aux fenêtres le 14 juillet et de chanter la  
103 Marseillaise à la place de l'Internationale dans les réunions du Parti Socialiste.  
104 Il ne faut pas dire que l'on veut l'ordre et prendre systématiquement parti contre la police.  
105 Il ne faut pas crier à l'Etat policier et à la provocation à chaque fois que la police cherche à  
106 faire respecter la loi.  
107 Il ne faut pas dire que l'on est pour la valeur travail et généraliser les 35 heures, continuer à  
108 surtaxer le travail ou encourager l'assistanat.  
109 Il ne faut pas dire que l'on veut faire obstacle aux délocalisations et refuser toute expéri-  
110 mentation de la TVA sociale, qui permet de faire financer la protection sociale par les im-  
111 portations.  
112 Il ne faut pas se contenter d'afficher de grands principes en se gardant bien de les inscrire  
113 dans la réalité.  
114 Je propose aux Français de rompre réellement avec l'esprit, avec les comportements, avec  
115 les idées de mai 68.  
116 Je propose aux Français de rompre réellement avec le cynisme de mai 68.  
117 Je propose aux Français de renouer en politique avec la morale, avec l'autorité, avec le tra-  
118 vail, avec la nation.  
119 Je leur propose de reconstruire un Etat qui fasse réellement son métier et qui par consé-  
120 quent domine les féodalités, les corporatismes et les intérêts particuliers.  
121 Je leur propose de refaire une République une et indivisible contre tous les communauta-  
122 rismes et tous les séparatismes.  
123 Je leur propose de rebâtir une nation qui soit de nouveau fière d'elle-même.

124 En faisant valoir systématiquement les droits au détriment des devoirs, les héritiers de mai  
125 68 ont affaibli l'idée de citoyenneté. En dénigrant la loi, l'Etat et la nation, les héritiers de  
126 mai 68 ont favorisé la montée de l'individualisme. Ils ont incité chacun à ne compter que  
127 sur lui-même et à ne pas se sentir concerné par les problèmes des autres.  
128 Je crois à la liberté individuelle mais je veux compenser l'individualisme par le civisme, par  
129 une citoyenneté faite de droits mais aussi de devoirs.

130 Je veux des droits nouveaux, des droits réels et non des droits virtuels. Je veux le droit op-  
131 posable à l'hébergement et au logement, le droit opposable à la garde d'enfants, le droit  
132 opposable à la scolarisation des enfants handicapés, le droit opposable à la prise en charge  
133 de la dépendance pour les personnes âgées.  
134 Je veux le droit à une allocation formation pour les jeunes de plus de 18 ans. Je veux le droit  
135 à la formation tout au long de la vie. Je veux le droit à la caution publique pour ceux qui  
136 n'ont pas de parents qui peuvent se porter garants, pour ceux qui n'ont pas de relations,  
137 pour les malades auxquels on ne veut pas prêter parce qu'on considère qu'ils représentent  
138 un risque trop élevé.  
139 Je veux le droit à un contrat de transition professionnelle pour celui qui est au chômage.

140 Mais je veux que ces droits soient équilibrés par des devoirs.

141 L'idéologie de mai 68 sera morte le jour où dans la société on osera rappeler chacun à ses  
142 devoirs.

143 L'idéologie de mai 68 sera morte le jour où dans la politique française on osera proclamer  
144 que dans la République les devoirs sont la contrepartie des droits.

145 Ce jour-là sera enfin accomplie la grande réforme intellectuelle et morale dont la France a  
146 une nouvelle fois besoin. Alors nous pourrons reconstruire sur des bases renouvelées la  
147 République fraternelle qui est le rêve toujours inachevé, toujours inaccompli de la France  
148 depuis le premier jour où elle a pris conscience de son existence en tant que nation.

149 Car la France n'est pas une race, car la France n'est pas une ethnie, car la France n'est pas  
150 qu'un territoire, car la France est un idéal inlassablement poursuivi par un grand peuple qui  
151 croit depuis son premier jour à la force des idées, à leur capacité à transformer le monde et  
152 à faire le bonheur de l'humanité.

153 Je veux le dire aux Français : le plein emploi, la croissance, l'augmentation du pouvoir  
154 d'achat, la revalorisation du travail, la moralisation du capitalisme, c'est nécessaire et c'est  
155 possible. Mais ce ne sont que des moyens qui doivent être mis au service d'une certaine  
156 idée de l'homme, d'un idéal de société où chacun puisse trouver sa place, où la dignité de  
157 chacun soit reconnue et respectée.

158 [...]

159 Et maintenant je n'ai plus que deux choses à vous dire, qui viennent du fond du cœur :

160 Vive la République !  
161 Vive la France !